

Politische Manifeste

Randnotizen der Geschichte oder Wegbereiter sozialen Wandels?

JOHANNA KLATT / ROBERT LORENZ

ANNÄHERUNG AN EIN PHÄNOMEN

Streift man mit einem geschichtlich interessierten Blick durch die Historie der letzten zweihundert Jahre, so stößt man gar nicht einmal selten auf Ereignisse, die mit dem Wort „Manifest“ in Verbindung gebracht werden. Denn Manifeste sind verlässlich zu historisch brisanten Daten anzutreffen. Dann, wenn es um gesellschaftlichen Umsturz, verbrecherischen Krieg oder gar drohende Vernichtung der Menschheit geht – man denke nur an das Kommunistische Manifest 1848, den Aufruf „An die Kulturwelt“ 1914, den Appell anlässlich des Volksentscheids zur Fürstenenteignung 1926, die Göttinger Erklärung 1957 oder „What we’re fighting for“ mitsamt der Reaktion aus Deutschland anlässlich des US-amerikanischen „Anti-Terrorkriegs“ im Jahr 2002. Insoweit scheinen Manifeste bevorzugt in Phasen gesellschaftlicher Bewegung, politischen Konflikts, instabiler Verhältnisse aufzutauchen. Wie ausgiebige Beobachtung zeigt, „massieren sich die Manifeste quantitativ während politischer Krisen“¹. Allein dieser Status des historiographisch auffälligen Phänomens macht sie als besondere Form der öffentlichen Meinungsartikulation für die Forschung bereits hinreichend attraktiv. Schließlich „haften an den Höhen und Niederungen der Weltgeschichte“ häufig auch die „mitreißenden Manifeste und Proklamationen“, welche von den „dramatischen oder demagogischen Affekten ihrer Zeit erfüllt“ waren.² Die Untersuchung von Manifesten erscheint deshalb schon aus historischer Perspektive als eine reizvolle Aufgabe.

-
- 1 Malsch, Friedrich Wilhelm: Künstlermanifeste. Studien zu einem Aspekt moderner Kunst am Beispiel des italienischen Futurismus, Weimar 1997, S. 71.
 - 2 Peter, Karl Heinrich (Hg.): Proklamationen und Manifeste, Stuttgart u.a. 1964, S. 15 f.

Die Wissenschaft differenziert gemeinhin in literarische, künstlerische und politische. Gleichwohl: Während zu den ersten beiden Kategorien durchaus wissenschaftlich publiziert worden ist, liegen zu letzterer so gut wie keine systematischen Betrachtungen vor – im Vergleich zu ihren Pendants wurde sie bislang sträflich ignoriert. Jedenfalls mangelt es der Wissenschaft bis dato sowohl einer analytischen Auseinandersetzung mit politischen Manifesten als gesellschaftlichem Phänomen in Deutschland wie auch einer präzisen Definition.³ Verwunderlich ist das schon, liegt doch der historische Ursprungsort von Manifesten gerade in der Politik.⁴ Diese urtümliche Herkunft aus dem politischen Leben ist es, die eine eingehende Untersuchung politischer Manifeste nicht nur angebracht erscheinen lässt, sondern geradewegs verlangt, nachdem doch deren Mutationen in der Kunst- und Literaturwelt bereits die wissenschaftliche Aufmerksamkeit einiger Forscher auf sich gezogen haben. Der vorliegende Band versucht sich keineswegs an der herkulischen Aufgabe, diese klaffende Forschungslücke gänzlich zu füllen, aber doch wenigstens daran, einige Pfeiler für eine Brücke einzuziehen.

Die historische Metamorphose des politischen Manifests: zum Forschungsstand

Was weiß man eigentlich über die Herkunftsgeschichte des Manifest-Begriffs? Neben der kaufmännischen Bezeichnung für einen Ladungsbrief im Handel oder des nautischen Wortgebrauchs im Seerecht als „beglaubigtes Zertifikat über geladene Güter“⁵ setzte sich „Manifest“ historisch „als Bezeichnung einer gewichtigen, feierlich-öffentlichen Erklärung in einer wichtigen Angelegenheit“ durch. Mit der Zeit erfuhr es eine Begriffsausdehnung: „Während ‚Manifest‘ zunächst die Erklärung eines Fürsten oder einer Staatsregierung bezeichnet, in welcher zu einer wichtigen Angelegenheit, insbesondere zu (bevorstehenden) Kriegsakten, Stellung bezogen wird, sei es als öffentliche Verlautbarung oder im diplomatischen Verkehr, findet die Bezeichnung ‚Manifest‘ in der Folgezeit außerdem Anwendung als Um-

3 Der wohl simpelsten Definition zufolge zeichnen sich politische Manifeste dadurch aus, dass „mehr oder weniger bedeutende Personen öffentlich in schriftlicher Form zu einem politischen Ereignis, bzw. zu politisch-sozialen Zuständen Stellung beziehen“; Schultz, Joachim: Literarische Manifeste der „Belle Epoque“. Frankreich 1886 - 1909. Versuch einer Gattungsbestimmung, Frankfurt am Main/Bern 1981, S. 30.

4 Vgl. Malsch 1997 (s. Anm. 1), S. 114.

5 Hier und folgend zitiert nach Fähnders, Walter: „Vielleicht ein Manifest“. Zur Entwicklung des avantgardistischen Manifestes, in: Asholt, Wolfgang/ders. (Hg.): „Die ganze Welt ist eine Manifestation“: Die europäische Avantgarde und ihre Manifeste, Darmstadt 1997, S. 18-38, hier S. 19.

schreibung einer politischen Stellungnahme, die von anderen Personen oder Gruppierungen ausgeht“⁶.

Im ausgehenden 16. Jahrhundert dienten politische Manifeste der Veröffentlichung herrschaftlichen Willens, der sich „in Form von Verordnungen, Gesetzen, Erklärungen, Erlassen und Proklamationen“⁷ zu artikulieren pflegte. Dies war die Anfangszeit politischer Manifeste, in der sie „Forum der Kommunikation im weitesten Sinne“ waren, mit dem Zweck, in einem „offenen oder schwelenden Konflikt eine breite Öffentlichkeit über die eigenen Ansichten zu informieren, mit dem eigenen politischen Programm zu konfrontieren und auf diese Weise zu agitieren“.⁸ Sie fungierten als obrigkeitsstaatliches „Instrument der Information und öffentlicher Legitimierung königlicher Machtpolitik“. Mit Manifesten unterrichteten politische Autoritäten ihre Untertanen über längst vollzogene Entscheidungen, über abgeschlossene Prozesse. Im 17. Jahrhundert vollzog sich, avantgardistisch in Frankreich, ein erster Wandel.⁹ Das aufkommende Zeitungswesen und der damit verbundene Zuwachs konkurrierender Informationsträger trugen zur Emanzipation des französischen Königshofs vom Medium des Manifests bei. Der König unterhielt nunmehr ein Zeitungsmonopol, mit dem er die Macht des gedruckten Worts erheblich umfänglicher kontrollieren und ausüben konnte. Unter dieser Bedingung prägten Manifeste neue Merkmale aus und bewahrten sich durch Wandel ihre gesellschaftliche Funktion: Erstens waren sie programmatisch auf eine längere Sicht angelegt, insofern keine situativen Stellungnahmen mehr; zweitens drückte sich dadurch eine politische Position der Verfasser aus, die hinter dem Manifest standen; drittens schließlich wandelte sich das Manifest von einem Verkündungs- zu einem Propagandainstrument absolutistischer Herrschaft, die damit ihre Machstellung zu konsolidieren suchte.

Im Frankreich der frühen Revolutionsjahre endete deshalb die „Zeit des Manifests als Forum legislativer und legitimierender hoheitlicher Akte“¹⁰. Im krassen Gegensatz zu ihrer tatsächlichen Macht forderte die gestürzte Monarchie damals die revoltierende Bevölkerung zur Aufgabe und Wiedereinsetzung des Königs auf. Diese Aufforderung wie auch die Androhung drakonischer Strafen entsprach allerdings nicht mehr dem programmatischen, vollziehenden Charakter vorheriger Herrschermanifeste. Im Gegenteil entbehrte dieser Akt der Verzweiflung jeglicher politischer Autorität, das Manifest war nunmehr zum Medium der Opposition, der Minorität ge-

6 Berg, Hubert v.d./Grüttemeier, Ralf: Interpretation, Funktionalität, Strategie. Versuch einer intentionalen Bestimmung des Manifests, in: dies. (Hg.): Manifeste: Intentionalität, Amsterdam/Atlanta 1998, S. 7-38, hier S. 21.

7 Malsch 1997 (s. Anm. 1), S. 32.

8 Hier und folgend ebd., S. 49.

9 Zum Folgenden vgl. ebd., S. 50 u. S. 56 f.

10 Ebd., S. 61.

worden.¹¹ Es wandelte sich damit erneut, erstmals waren Manifeste zu einem profanen „Instrument des Meinungskrieges, zum Sprachrohr oppositioneller und marginaler Interessengruppen“¹² herabgesunken, wodurch sie letztlich die „machtpolitische Marginalität“¹³ ihrer Urheber signalisierten. In jenen Tagen des Bürgerkriegs erhielt das politische Manifest – ausgerechnet in der Hülle seiner klassischen Funktion als Herrscherpostulat, das lediglich einen beschlossenen Hoheitsakt kommunizierte – eine gesellschaftliche Rolle, die noch in der Gegenwart ausgeübt wird. Es trug jetzt „zur Klärung der Interessenlage“ im öffentlichen Meinungsstreit bei und schuf in der Politik „mittelbar Voraussetzungen zu praktischen Lösungen“. Des Weiteren wiesen sich die Urheber des Manifests durch Unterschrift am Ende des Textes aus, wohingegen das Herrschermanifest die offizielle Autorenschaft bereits im Titel bekannt hatte. Kurzum: Politische Manifeste hatten zum Ende des 18. Jahrhunderts die Gestalt eines massenmedialen Kommunikationsträgers angenommen.¹⁴ In der Zeit der Französischen Revolution, der politischen Krise also, wurden Manifeste zur „Domäne revolutionärer politischer Bewegungen, die in der Regel außerhalb des politischen Systems stehen“¹⁵. Sie wurden „parteiisch“, verloren „den kommunikativen Charakter früherer Zeiten“ und zählten als „Organ minoritärer Interessengruppen“¹⁶ fortan zu den „propagandistischen Waffe[n] im Meinungskrieg der Öffentlichkeit“¹⁷.

Das politische Manifest entwickelte auf dieser Basis während des 19. Jahrhunderts seine Grundcharakteristika, reifte zu einem Medium der Dissidenz, auch der Subversion, kurzum: der Opposition und bildete „seine Funktion als Sprachrohr partikularer und marginaler Interessen und Überzeugungen gattungshaft“¹⁸ aus. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum Beispiel dienten Manifeste der politischen Linken „zur Mobilisierung der Arbeiterschaft, der Förderung ihres Zusammengehörigkeitsgefühls und verbunden damit der Etablierung einheitlicher Sprachregelungen“¹⁹; auch zur Austragung ideologischer Flügelkämpfe und als „Versuch, die politisch-theoretischen Positionen zu klären und zu erklären“.

Anhand der Durchsicht eines anthologischen Manifest-Kompends wagte vor einiger Zeit der Literaturwissenschaftler Joachim Schultz eine Typologisierung politischer Manifeste. Danach gebe es erstens die „öffentliche Erklärung eines Herrschers zu politischen Ereignissen“, zweitens „Manifeste, die im Zusammenhang einer Erhebung gegen die legitime Macht

11 Vgl. ebd., S. 60 f.

12 Ebd., S. 61.

13 Ebd., S. 67.

14 Vgl. ebd., S. 65.

15 Hier und folgend ebd., S. 67.

16 Ebd., S. 239.

17 Ebd., S. 67.

18 Ebd., S. 84.

19 Hier und folgend ebd., S. 72.

geschrieben wurden“ (Revolutionsmanifeste), drittens „die Darstellung der Ziele einer politischen Gruppe“ und viertens „die öffentliche Erklärung oder Stellungnahme einer oder mehrerer Personen, die nicht an der politischen Macht beteiligt sind, zu einem politischen Ereignis“. ²⁰ Darauf aufbauend, konzentriert sich die vorliegende Arbeit auf den vierten Typus, will aber den zweiten und dritten gegebenenfalls miteinschließen. Hier behandelten Manifesten können auch revolutionäre Intentionen inne wohnen; zudem wird der Begriff der politischen Gruppe auf außerinstitutionelle, oppositionell agierende Zusammenschlüsse bezogen.

Politische Manifeste als Bereicherung des Arsenal zivilgesellschaftlicher Aktion?

Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit

Politische Manifeste sollen an dieser Stelle als Möglichkeiten verstanden werden, die Öffentlichkeit zivilgesellschaftlich zu beeinflussen, Informationen und Diskursimpulse zu liefern. Dazu bedarf es zunächst jedoch einer genaueren Klärung, was in diesem Band unter den schillernden Begriffen Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit überhaupt verstanden wird und welche Funktionen ihnen zufallen.

Eine in der aktuellen Zivilgesellschaftsdebatte leitgebende Definition liefern Dieter Gosewinkel und Jürgen Kocka, nach denen „[...] ‚civil society‘ refers a) to the community of associations, initiatives, movements and networks in a social space related to, but distinguished from, government, business and the private sphere; b) to a type of social action which takes place in the public sphere and is characterized by non-violence, discourse, self-organisation, recognition of plurality and orientation towards general goals and civility; c) a project with socially and geographically limited origins and universalistic claims which changes while it tends to expand, socially and geographically.“ ²¹

Die vorliegende Untersuchung politischer Manifeste orientiert sich in erster Linie an der ersten, „bereichslogischen“ ²² Definitionsebene „a“) von Zivilgesellschaft, die als eine außerhalb von Staat, Wirtschaft und Privatleben befindliche Sphäre verstanden wird. Auf ein (durchaus umstrittenes) ²³

20 Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 23 f.

21 Keane, John/Kocka, Jürgen: Editors' Preface, in: Keane, John (Hg.): *Civil society: Berlin Perspectives*, New York 2006, S. vii-ix, hier S. vii.

22 Zu diesen Definitionen (bereichs- und handlungslogische Ebene) vgl. Gosewinkel, Dieter/Rucht, Dieter/Daele, Wolfgang v.d./Kocka, Jürgen: *Zivilgesellschaft – national und transnational*. Einleitung, in: dies. (Hrsg): *Zivilgesellschaft – national und transnational*, Berlin 2004, S. 11-28.

23 Zur Diskussion um die angeblich vernachlässigten „Schattenseiten“ von Zivilgesellschaft vgl. Chambers, Simone/Kopstein, Jeffrey: *Bad Civil Society*, in: *Political Theory*, Jg. 29 (2001) H. 6, S. 837-865 sowie Roth, Roland: *Die dunklen Sei-*

normatives Definitionskriterium im Sinne einer demokratisch entwickelten, „zivilen“ Gesellschaft wird an dieser Stelle aufgrund der Schwierigkeiten einer exakten Eingrenzung bewusst verzichtet.²⁴ Dies erlaubt die wertfreie Betrachtung auch von Manifesten, die kulturell und politisch intolerant, gar xenophob wie auch extremistisch und – ob in Demokratie oder Diktatur – systemverneinend sind. Trotz dieser Absage an ein normatives Verständnis von Zivilgesellschaft können ihr demokratietheoretisch durchaus gewisse Aufgaben zugeschrieben werden, die den Einzelfalluntersuchungen dieses Bandes als Referenz dienen sollen und im Folgenden noch näher erläutert werden. Es geht also im Wesentlichen um die Frage, inwieweit politische Manifeste in der Lage sind, zivilgesellschaftliche Funktionen wahrzunehmen.

Das Zivilgesellschaftsverständnis Alexis de Tocquevilles mit seinem Fokus auf die politische Rolle von Zivilgesellschaft²⁵ kann hierbei als Orientierung dienen, sieht es doch in den Assoziationen und Netzwerken der Zivilgesellschaft ein Mittel gegen die Despotie der Mehrheit. In Tocquevilles Vorstellung von Zivilgesellschaft sollen politische Gruppen quasi als Zwischeninstanzen und Instrumente verschiedener Minderheiten die jeweilige Mehrheit kontrollieren und herausfordern.²⁶ Diese „expansive“²⁷ Auffassung schließt einerseits politische Parteien, andererseits auch die Presse mit ein,

ten der Zivilgesellschaft: Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 16 (2003) H. 2, S. 59-73.

24 Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages arbeitet demgegenüber mit einer normativen Definition (die Termini „Bürger-“ und „Zivilgesellschaft“ werden in diesem Zusammenhang synonym behandelt): „Bürgergesellschaft beschreibt ein Gemeinwesen, in dem die Bürgerinnen und Bürger auf der Basis gesicherter Grundrechte und im Rahmen einer politisch verfassten Demokratie durch das Engagement in selbstorganisierten Vereinigungen und durch die Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten die Geschicke des Gemeinwesens wesentlich prägen können.“ Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag: Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen 2002, S. 59.

25 De Tocqueville betone die „Priorität des Politischen“, so Villa, Dana: Tocqueville and Civil Society, in: Welch, Cheryl B. (Hg.): The Cambridge companion to Tocqueville, Cambridge u.a. 2006, S. 216-244, hier S. 225. Vgl. überdies Llanque, Marcus: Zivilgesellschaft und zivile Macht: Tocqueville und die politische Funktion der Assoziationen, in: Gosewinkel, Dieter/Reichardt, Sven (Hg.): Ambivalenzen der Zivilgesellschaft. Gegenbegriffe, Gewalt und Macht, WZB Diskussionspapier Nr. SP IV 2004-501, S. 42-52, online einsehbar unter: <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2004/iv04-501.pdf> [eingesehen am 10.04.2009].

26 Vgl. Tocqueville, Alexis de: Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart 1985 [im Original von 1835 bzw. 1840 (zweiter Band)], S. 105 f.

27 Villa, 2006 (s. Anm. 25), S. 225.

„the latter making possible discussions of political issues by large numbers of people dispersed over great distances“.²⁸ Aus konzeptuellen Überlegungen umfasst die vorliegende Arbeitsdefinition politischer Manifeste zwar nicht jegliche mehr oder minder periodischen Erzeugnisse von Parteien (etwa Manifest-ähnliche Programmschriften und politische Reden) oder der Presse (Zeitungen und Zeitschriften). Das politische Manifest wird hier als ein zunächst eigenständiges Objekt der Zivilgesellschaft verstanden. Obwohl immer noch ein Teil der Zivilgesellschaft – mitsamt ihren Funktionen, Möglichkeiten und ihrer Verantwortung – lassen sich dem politischen Manifest ganz ähnliche Maßstäbe anlegen, wie man dies bei der Zivilgesellschaft insgesamt tun könnte. Zu diesen Maßstäben gehört neben der obig beschriebenen freiheitsverbürgenden und repräsentativen Funktion auch die der öffentlichen Diskussion, des Austauschs von Meinungen und gegebenenfalls deren Übertragung auf das politische System. Zivilgesellschaft habe in der Vergangenheit mit dem „Aufgreifen von neuen Themen und einer hohen Sensibilität für die Wahrnehmung und Identifizierung neuer Problemlagen“ immer wieder eine „Alarmfunktion“ erfüllt.²⁹ Entsprechend beschreibt Jürgen Habermas ihre Rolle als eine Zusammensetzung „aus jenen mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen“, welche „die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten“.³⁰ Habermas zufolge stabilisierten Manifestanten – bzw. jegliche zivilgesellschaftlichen Akteure, die Diskussion in der Öffentlichkeit anregen – dabei gleichzeitig die politische Öffentlichkeit. Denn die rechtlichen Bedingungen für Öffentlichkeit und Meinungsvielfalt einer Gesellschaft reichten allein nicht aus, vielmehr bedürfe es der beständigen Praxis und Erneuerung von öffentlichen politischen Debatten.³¹

In der Forschung wird Öffentlichkeit „als Arena konzipiert, in der verschiedene Akteure mit ihren Problemdefinitionen um Aufmerksamkeit kon-

28 Ebd.

29 Hier und folgend Simsa, Ruth: Die Zivilgesellschaft als Hoffnungsträger zur Lösung gesellschaftlicher Probleme – Zwischen Demokratisierung und Instrumentalisierung, in: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (Hg.): Europäische Integration als Herausforderung – Rolle und Reform der sozialen Dienste in Europa, Frankfurt am Main 2001, S. 23-40, hier S. 34.

30 Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main 1998, S. 443.

31 „Die Institutionen und rechtlichen Gewährleistungen der freien Meinungsbildung ruhen auf dem schwankenden Boden der politischen Kommunikation derer, die sie, in dem sie davon Gebrauch machen, zugleich in ihrem normativen Gehalt interpretieren, verteidigen – und radikalisieren.“ Ebd., S. 447.

kurrieren“³². Erst die Öffentlichkeit gestattet Sprechern unterschiedlicher Gesellschaftsbereiche – Wissenschaftler, Politiker, Militärs u.a. –, zu Wort zu kommen, und liefert somit die Grundlage für eine produktive Kontroverse.³³ Der Öffentlichkeit wird eine fundamentale Bedeutung für das Funktionieren von Demokratie beigemessen. Sie hat, wiederum nach Habermas, nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Aufgabe, Probleme aus der „Lebenswelt“ aufzunehmen, sie „überzeugend und *einflussreich* [Herv.i.O.] zu thematisieren und mit dem Ziel einer Einwirkung in Prozesse des politischen Systems wirksam zu problematisieren“.³⁴ Zu diesem Zweck muss „das Publikum der Bürger“ „*überzeugt* [Herv.i.O.]“ werden, denn „die Spieler in der Arena“ verdanken ihren Einfluss nicht zuletzt „der Zustimmung der Galerie“.³⁵ Außer-systemische Akteure können so möglicherweise auch durch den Rückgriff auf politische Manifeste „Macht“ im Arendtschen³⁶ Sinne generieren.

Mithin beinhaltet der aufgeklärte Begriff von Öffentlichkeit ein „normatives Element: Die aufklärerische Rede von Öffentlichkeit meint immer auch, die Dinge des Staates sollen offen, d.h. einer Allgemeinheit zugänglich sein, sie *sollen* [Herv.i.O.] an das Raisonement der Bürger, an deren Meinungen gebunden werden.“³⁷ Kritische Öffentlichkeit verheißt die Chance, „politischen Machtgebrauch transparenter zu machen, demonstrative Publizität zu entzaubern, Politik und Konzepte jenseits etablierter Machtentfaltung und Machtkonkurrenz in die Diskussion offener Zukunftsfragen hineinzutragen“³⁸. Zwar sei der Wahlakt – die demokratische Anwendung von Öffentlichkeit – ein nicht-öffentlicher, geheimer, Vorgang, doch müsse sich der Wähler zur Herausbildung seiner Präferenzen für den Urnengang zumindest potenziell informieren können.³⁹

32 Vgl. Waldherr, Annie: Gatekeeper, Diskursproduzenten und Agenda-Setter – Akteursrollen von Massenmedien in Innovationsprozessen, in: Pfetsch, Barbara/Adam, Silke (Hg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen, Wiesbaden 2008, S. 171-195, hier S. 173.

33 Vgl. ebd., S. 187 f.

34 Habermas 1998 (s. Anm. 30), S. 435.

35 Ebd., S. 440 sowie S. 461 f.

36 Vgl. Arendt, Hannah: Macht und Gewalt, München u.a. 1995, insbesondere S. 45.

37 Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze, in: Müller-Doohm, Stefan/Neuman-Braun, Klaus (Hg.): Öffentlichkeit. Kultur. Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie, Oldenburg 1991, S. 31-89, hier S. 32.

38 Ebbighausen, Rolf: Inszenierte Öffentlichkeit und politischer Skandal. Arkanpolitik und ihre Grenzen unter den Bedingungen von bürgerlichem Verfassungsstaat und Parteiendemokratie, in: Göhler, Gerhard (Hg.): Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht, Baden-Baden 1995, S. 231-239, hier S. 238.

39 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 39.

Angesichts dieser schlagenden Bedeutung von Öffentlichkeit bleibt herauszufinden, welchen Anteil politische Manifeste an der Erfüllung dieser Aufgaben von Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft haben? Ob sie mit der „Beeinflussung von Wahrnehmungsmustern und der Kreation neuer Themen und Bedeutungszusammenhänge“ zur „gesellschaftsverändernden Wirkung der Zivilgesellschaft“ beitragen⁴⁰ oder es gar vollbringen, das Kräfteverhältnis⁴¹ zwischen Zivilgesellschaft und politischem System (zumindest zeitweise) zu beeinflussen?

Von der politischen Monomanie öffentlicher Meinung

Neben der Öffentlichkeit existiert in der Forschung das Konstrukt der öffentlichen Meinung. Was aber konkret unter „öffentliche Meinung“ zu fassen ist, erscheint bei der Durchsicht einschlägiger Literatur alles andere als eindeutig. Sie ist jedenfalls nicht die demoskopisch gemessene Zustimmung der Bundesbürger zu den Parteien oder politischen Themen.⁴² Die demoskopische Messung ist lediglich statistisches Aggregat von Einzelmeinungen,⁴³ wohingegen eine in sich geschlossene Meinung der Bevölkerung eigentlich gar nicht existiert. Eher bezeichnet der Begriff Auffassungen, die in der Arena öffentlicher Kommunikation voraussichtlich mit breiter Zustimmung rechnen können, prägnant ausgedrückt: „eine Meinung, die sich in den Arenen öffentlicher Meinungsbildung durchgesetzt hat und insofern ‚herrschende‘ Meinung darstellt“⁴⁴. Von der Politik *gegen* die öffentliche Meinung beschlossene Maßnahmen können schwerlich mit einem plebiszitären Rückhalt rechnen,⁴⁵ weshalb erfolgversprechende Aktionen einer möglichst großen Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung bedürfen. Ihrer gilt es sich daher zu bemächtigen, will man „das Volk belehnen oder belügen, öffentliche Anerkennung oder öffentliche Verurteilung herbeiführen, terrorisieren oder beschmeicheln, anfeuern oder abschrecken und die Massen an-

40 Hier und folgend Simsa 2001 (s. Anm. 29), S. 34.

41 Vgl. Habermas 1998 (s. Anm. 30), S. 458.

42 Die öffentliche Meinung dürfe nicht mit Resultaten der Umfrageforschung wechselt werden; vgl. Habermas 1998 (s. Anm. 30), S. 438.

43 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 42.

44 Ebd.

45 Zu diesem Abschnitt vgl. Schenk, Michael/Pfenning, Uwe: Individuelle Einstellungen, soziale Netzwerke, Massenkommunikation und öffentliches Meinungsklima: Ein analytisches Interdependenzmodell, in: Müller-Doohm/Neuman-Braun (Hg.) 1991 (s. Anm. 37), S. 165-184, hier S. 181; Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 80; Gerhards, Jürgen: Welchen Einfluß haben die Massenmedien auf die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland?, in: Göhler (Hg.) 1995 (s. Anm. 38), S. 149-177, hier S. 151 f. „Die Kopplung der Positionen – und oftmals der Existenz – der Entscheidungsträger an die Wählerschaft sichert eine Sensibilität gegenüber der veröffentlichten Meinung.“ Ebd., S. 169.

sicht, das Massengefühl und den Massenwillen überhaupt in irgend welche Bahnen lenken“⁴⁶.

Denn kaum jemand behält wohl die öffentliche Meinung gleichermaßen penibel im Auge wie die politischen Akteure.⁴⁷ Weil die gänzliche Erfassung der Bedürfnisse und Interessen der Bürger ein aussichtsloses Unterfangen darstellt, die politischen Wahlpräferenzen der Bürger sich zu einem wesentlichen Teil aber über die Rezeption öffentlicher Meinung einstellen, wird Politikern durch die sorgfältige Analyse massenmedialer Publikationen die Chance eingeräumt, das Defizit „unvollkommener Information“ zu kompensieren. Politische Akteure beobachten ganz aufmerksam den Mediendiskurs zu unterschiedlichen Themen, um diesem Wissen über die Bürgeranliegen zu entlocken.⁴⁸ Anders ausgedrückt orientieren konkurrierende Politiker ihr Handeln an dem, was sie gerade für die öffentliche Meinung halten. Denn im „Einklang mit der Öffentlichkeit zu stehen, verleiht [...] das Prestige allgemeiner Legitimität.“⁴⁹ Sicherlich reagieren Politiker nicht automatisch mit „panikartiger Unterwerfung unter den vermeintlichen Volkswillen“⁵⁰; doch nicht selten ergreift die Politik Maßnahmen erst dann, wenn sie in einem bestimmten Ausmaß von Medienaktivitäten dazu herausgefordert wird.⁵¹ Obwohl die Öffentlichkeit für sich genommen mangels „konsensbildende[r] bzw. konsensersetzende[r] Strukturen“ über keine eigenen politischen Entscheidungsbefugnisse gebietet und infolgedessen auf die Resonanz der politischen Akteure angewiesen ist, gewinnt die öffentliche Meinung vor diesem Hintergrund eine kaum zu überschätzende Bedeutung für den politischen Prozess, weil sie in aller Regel Einfluss auf die Handlungsweisen politischer Entscheidungsträger zeitigt. Im Konsens mit öffentlicher Meinung zu stehen, bietet politikexternen Kräften somit Möglichkeiten zur Beeinflussung politischer Akteure.

46 Schöffle, Albert: Die geistige Reaktion der Massen auf die Autorität: Öffentlichkeit, Publikum, öffentliche Meinung und Tagespresse (im Original von 1896), in: Pöttker, Horst: Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag. Klassiker der Sozialwissenschaft über Journalismus und Medien, Konstanz 2001, S. 114-126, hier S. 125; vgl. auch S. 121 ff.

47 Vgl. Kepplinger, Hans Mathias: Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft, Freiburg im Breisgau/München 1998, S. 146.

48 Vgl. Waldherr 2008 (s. Anm. 32), S. 172.

49 Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 31.

50 Kepplinger 1998 (s. Anm. 47), S. 152.

51 Vgl. Laubenthal, Barbara: „Der Tod braucht keine Papiere“ – Die Rolle der Printmedien bei den Protesten illegaler Einwanderer in Spanien, in: Pfetsch/Adam (Hg.) 2008 (s. Anm. 32), S. 266-284, hier S. 269.

Umgekehrt wird in modernen Gesellschaften auch das politische Geschehen überwiegend massenmedial vermittelt.⁵² Meist kann ein Thema deshalb erst dann einen Anspruch auf geltend machen, Bestandteil der öffentlichen Meinung zu sein, wenn es Eingang in die Medien gefunden hat. „Die Medien und ihr Publikum konstituieren damit das offene Kommunikationsforum Öffentlichkeit.“⁵³ Medien „definieren Themen und sie strukturieren Entscheidungen“⁵⁴, sind „Diskursproduzenten“, indem sie „Fakten gewichten oder mehr oder weniger Raum für die Bewertungen und Einschätzungen anderer Akteure geben“⁵⁵, sie erweitern zudem „unser Problembewusstsein und unser Diskursuniversum“⁵⁶. Durch Schlagzeilen und Kommentare prägen sie die Meinung ihrer Rezipienten und strukturieren Reflexionen, Gedanken und Vota vor.⁵⁷ Zwar legen sie nicht fest, was Menschen denken, aber wenigstens beherrschen sie weitgehend das „Agenda-Setting“.⁵⁸ Was erst einmal prominent in den Medien zirkuliert, kann nur schwerlich wieder vertrieben werden.⁵⁹ Massenmedien entgrenzen Kommunikation, indem sie einen Kanal zwischen gesellschaftlichen Akteuren – zu denen die Regierung ebenso gehört wie die Wissenschaft – und dem einzelnen Rezipienten – dem Zeitung lesenden Bürger zum Beispiel – legen. Sie stellen eine „kommunikative Verbindung“⁶⁰ zwischen Elite und Bevölkerung her, verknüpfen gesellschaftliche Teilbereiche – wie Politik und Wissenschaft – miteinander und ermöglichen diesen Interaktion.⁶¹ In Systemen

52 Vgl. Eilders, Christiane: Massenmedien als Produzenten öffentlicher Meinungen – Pressekommentare als Manifestation der politischen Akteursrolle, in: ebd., S. 27-51, hier S. 32 ff.

53 Ebd., S. 32.

54 Kepplinger, Hans Mathias: Systemtheoretische Aspekte politischer Kommunikation, in: Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.): Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse, Wien 1986, S. 172-189, hier S. 175.

55 Waldherr 2008 (s. Anm. 32), S. 179.

56 Bucher, Hans-Jürgen: Die Medienrealität des Politischen. Zur Inszenierung der Politik im Fernsehen, in: Frevert, Ute/Braungart, Wolfgang (Hg.): Sprachen des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte, Göttingen 2004, S. 268-303, hier S. 281.

57 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 41.

58 Vgl. Bösch, Frank/Frei, Norbert: Die Ambivalenz der Medialisierung. Eine Einführung, in: dies. (Hg.): Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006, S. 7-23, hier S. 18; Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 40 f.

59 Vgl. dazu Kepplinger 1986 (s. Anm. 54), S. 183.

60 Peters, Hans Peter: Massenmedien als Vermittler zwischen Experten und Nicht-experten, in: Kerner, Max (Hg.): Aufstand der Laien. Expertentum und Demokratie in der technisierten Welt, Aachen u.a. 1996, S. 61-88, hier S. 81.

61 Vgl. zum Folgenden Bucher 2004 (s. Anm. 56), S. 282; Frevert, Ute: Politische Kommunikation und ihre Medien, in: dies./Braungart (Hg.) 2004 (s. Anm. 56), S.

und Gesellschaften, die demokratischer Willensbildung feindlich gesonnen sind und in denen politische Entscheidungsfindung diktatorisch abläuft, freie Meinungsäußerung unterdrückt und die Presse zensiert wird, nehmen sich die Chancen zivilgesellschaftlicher Einflussnahme umgekehrt umso geringer aus. In jedem Fall können mittels der Massenmedien große Teile der Bevölkerung mit einem vergleichsweise geringen Aufwand erreicht und beeinflusst werden. Mediale Öffentlichkeit ist für politische Manifeste deshalb ein eigentlich überlebensnotwendiges Biotop wie auch ein vielversprechender Möglichkeitsraum, kann sich ihnen aber genauso gut als kaum überwindbare Barriere entgegenstellen.

„Le manifeste n'existe pas dans l'absolu“: Versuch einer Definition

Der erratische Entwicklungsverlauf des Manifest-Begriffs spiegelt sich in dessen Etymologie wider, die sich ihrerseits in den unterschiedlichen Definitionen der deutschen Wörterbücher ausdrückt: So stand „Manifest“ noch in der 1979er Fassung des *Brockhaus* für „die öffentl. Erklärung, z.B. einer Regierung (→ Proklamation) oder einer Partei (Wahl-M.)“ und wandelte sich 2006 zu „Grundsatzerklärung, öffentlich dargelegtes Programm einer Kunst- oder Literaturrichtung, einer polit. Partei, Gruppe o.Ä.“⁶². Die ursprüngliche Wortbedeutung hingegen ergibt sich aus dem lateinischen „manifestare“, was dem deutschen Verb „offenbaren“ entspricht.⁶³

Für Aktionen mit dem Gattungsscharakter eines Manifests existieren erwartungsgemäß mannigfaltige Begriffsvariationen. Zunächst: Anhand der offiziellen, von den Autoren gewählten Selbstbezeichnung lässt sich der politische Manifest-Charakter nicht recht bestimmen.⁶⁴ In den seltensten Fällen erschienen Manifeste unter ihrer Selbstbezeichnung, sondern waren ganz oft Thesen, Credos, Appelle, Erklärungen, Pamphlete, Proklamationen und Deklarationen, bis hin zu offenen Briefen. Der Begriff des Manifests kommt vielfach erst rezeptionshistorisch zur Anwendung; so ist der Aufruf „An die Kulturwelt“ erst in der Nachbetrachtung als „Manifest der 93“ in die Geschichte eingegangen. Verschafft man sich einen spontanen Eindruck von der vielseitigen Verwendung des Manifest-Begriffs, so kommt man nicht umhin zu glauben, beinahe willkürlich lasse sich alles Mögliche als Mani-

7-19, hier S. 12; Habermas 1998 (s. Anm. 30), S. 458; Peters 1996 (s. Anm. 60), S. 84.

62 Siehe Brockhaus, 18. Aufl. 1979 sowie Brockhaus, 21. Aufl. 2006; vgl. zu diesem Absatz auch Berg, Hubert v.d.: Zwischen Totalitarismus und Subversion. Anmerkungen zur politischen Dimension des avantgardistischen Manifests, in: Asholt/Fähnders (Hg.) 1997 (s. Anm. 5), S. 58-80, hier S. 59 f.

63 Bzw. „manifestatio“ als lateinischem Begriff für die Offenbarung eines Willens.

64 Vgl. hier und folgend Fähnders 1997 (s. Anm. 5), S. 19-22.

fest etikettieren,⁶⁵ gewissermaßen: Nicht überall wo „Manifest“ drauf steht, muss auch „Manifest“ drin sein. Der Manifest-Begriff ist also häufiger eine Fremddeutung statt eine Eigentitulierung. Demgegenüber gibt es eine ungeahnte Anzahl von Texten, die man – trugen sie nicht den Namen „Manifest“ – mitnichten dieser besonderen Gattung zuordnen würde.⁶⁶ Als Definitionskriterium eignet sich die ursprüngliche Benennung folglich nicht.

Der etymologische Irrweg wie auch die eingangs erwähnte Metamorphose des Manifests in seiner politischen Praxis deuten bereits an, dass es dem Begriff „Manifest“ einer genaueren, allgemein bekannten und akzeptierten Definition ermangelt, eine solche angesichts einer sich beständig wandelnden Gestalt mithin vielleicht sogar unmöglich ist. Manifeste waren dynamisch und facettenreich, nicht aber statisch und monoton. Die Schwammigkeit und Unschärfe des Begriffs illustrieren nicht zuletzt Zusätze wie „Manifeste ou proclamation“ oder „Manifeste ou lettre“, denen es in früheren Zeiten bedurfte.⁶⁷ Oder wie Claude Abastado so trefflich resümiert: „Le manifeste n'existe pas dans l'absolu“⁶⁸. Dadurch freilich können sich beliebige Meinungsäußerungen in der Öffentlichkeit mit dem hochtrabenden und Wichtigkeit verheißenden Attribut des Manifests dekorieren. Und daraus erklärt sich wohl auch die ungeheure Zahl an Schriften mit der Eigenbezeichnung „Manifest“. Dies macht es allerdings umso schwieriger, ex post, also nach dem Erscheinen hunderter, gar tausender Manifest-Schriften, eine grundlegende Definition zu erarbeiten. Denn eine Definition dient zuallererst der Abgrenzung; sie soll dem zu untersuchenden Phänomen die Schemenhaftigkeit nehmen, es durch klare Konturen deutlich erkennbar machen. „Politisches Manifest“ könnte ansonsten alles Mögliche etikettieren: Bücher, Zeitungsartikel, Interviews et cetera. Natürlich handelt es sich dabei notwendigerweise um einen Kompromiss. Auch diese Arbeit erfasst das Phänomen bzw. den Begriff des „Politischen Manifests“ nicht mit universaler Gültigkeit, ist sprichwörtlich gewiss nicht der Weisheit letzter Schluss. Stattdessen soll die hiesige Definition dazu dienen, einen Anfang zu machen und den Untersuchungsgegenstand behutsam Gestalt annehmen zu lassen. Dabei geht es insbesondere um die Aufstellung von Grenzmarken für eine vorläufige Orientierung auf dem Forschungsfeld. Um überhaupt eine plastische Vorstellung von politischen Manifesten gewinnen zu können, müssen erst einmal durch Einzelfallanalysen präzisere Kriterien gewonnen, Variablen und Hypothesen erkundet werden. Denn die intensive Beschäftigung mit einem Forschungsgegenstand kann „Anregungen liefern oder Wege weisen sowie zu neuen Hypothesen führen, die man prüfen kann und die das Mate-

65 Vgl. auch Berg/Grüttemeier 1998 (s. Anm. 6), S. 17.

66 Vgl. Fähnders 1997 (s. Anm. 5), S. 33.

67 Vgl. Malsch 1997 (s. Anm. 1), S. 32.

68 Zitiert nach ebd., S. 27.

rial im ganzen verständlicher machen“⁶⁹. Insofern lohnt möglicherweise auch die Betrachtung von Werken, die eventuell nicht in all ihren Aspekten dem vorliegenden Begriff vom „politischen Manifest“ standhalten. Dass dabei die Grenzen zum Teil offen sind, ist ein leider unvermeidliches Manko, das einerseits der forschungstechnischen Handhabbarkeit wegen toleriert werden muss, für das andererseits aber der mögliche Erkenntnisgewinn entschädigen soll. Kurzum: Der vorliegende Band macht es sich zur Aufgabe, im Zuge neugieriger Exploration die politologische „Terra incognita“ politischer Manifeste zu kartographieren.

Um das politikwissenschaftlich weitgehend ignorierte Phänomen „Manifest“ in einem Netz von Parametern theoretisch einfangen zu können, stellt sich in einem ersten Schritt unweigerlich die Grundfrage: Was sind eigentlich die markantesten Charakteristika eines Manifests? Denn der Status politischer Manifeste als historiographisch auffällige Phänomene hat bislang nicht verhindern können, dass sie aktuell noch einer politologischen Begriffsbestimmung harren. Wie bei menschlichen Persönlichkeiten auch, gestaltet sich die exakte Erfassung der charakterlichen Identität eines Manifests jedoch äußerst schwierig. Nicht zuletzt, weil die Genese des politischen Manifests mit der Geburtsstunde von „politischer Öffentlichkeit“ und der Presse- und Medienlandschaft zusammenfiel. Es kann daher immer nur eine Annäherung, ein mit Schwachstellen behafteter Versuch sein, Verständnis für das Wesen des Objekts zu erlangen. Um allerdings kein völlig konturloses Gebilde vor Augen zu haben, gilt es freilich, Einschränkungen vorzunehmen, die vielen Manifest-Kandidaten den Manifest-Status verweigern.

Als die notwendige Bedingung einer Manifest-Schrift soll das Ziel vorausgesetzt werden, die Öffentlichkeit zu erreichen. Manifeste sollten – gleich, ob sie an die gesamte Menschheit oder eine einzelne Person gerichtet sind – zumindest prinzipiell jedem Bürger zugänglich sein. Dass die Verbreitung einer Manifest-Schrift von einer repressiven Staatsmacht eventuell unterdrückt und polizeilich bekämpft wird, soll hier kein Ausschlusskriterium bilden. Ausschlaggebend ist die von den Manifestanten erwünschte Zugänglichkeit eines Manifests, weniger die in der Realität praktisch mögliche und tatsächlich erreichte.

Als gleichfalls schwer erweist es sich, die Orte der Distinktion gegenüber anderen Publikationsgenres zu lokalisieren – also an welchen Punkten sich der Typus des politischen Manifests von, sagen wir, dem gewöhnlichen Buch oder dem alltäglichen Zeitungskommentar unterscheiden lässt. Nicht jede öffentliche Meinungsäußerung darf als Manifest gelten, obschon sich in

69 Aydelotte, William O.: Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Geschichte und Soziologie, Königstein im Taunus 1984, S. 259-282, hier S. 275. Zu dieser Ansicht vgl. auch Garceau, Oliver: Forschung über den politischen Prozeß, in: Schmidt, Robert H. (Hg.): Methoden der Politologie, Darmstadt 1967, S. 34-64, hier S. 64.

jeder Zeitungskolumne, jedem Statement irgendwie eine Auffassung des Verfassers „manifestiert“. Joachim Schultz gelangte in seiner Betrachtung der literarischen Manifest-Gattung zu der Einsicht, dass Manifeste weniger an ihren äußeren Merkmalen als an ihrer Funktion zu identifizieren seien.⁷⁰ Diese Perspektive schließt längere und kürzere wie auch poetische und prosaische Texte ein. Manifeste sind Ausdrucksweisen, die – anders als ein Zeitungskommentar oder ein Buchkapitel – nicht zum gewöhnlichen Inhalt der Medien gehören, die sie transportieren. In Abgrenzung etwa zu professionellen Journalisten, die für ihre Zeitung im Rahmen eines regulären Beschäftigungsverhältnisses arbeiten, oder zu einer als wissenschaftliche Facharbeit erkennbaren Analyse, geben sich politische Manifeste als eine nicht alltägliche, unkonventionelle Darstellungs- und Artikulationsform zu erkennen, die vor allem auch den Kommunikationsgewohnheiten der Manifestanten weitgehend fremd ist.⁷¹ Sie sind nicht Ergebnis berufsmäßiger Journalistenproduktion, kommen nicht im kryptischen Gewande eines wissenschaftlichen Traktats daher; sie liegen außerhalb gewohnter Arbeits- und Kommunikationsroutinen der Manifestanten, stellen eine exotische Publikationsvariante dar; sie sind nicht formaler Bestandteil deren normaler Berufsausübung; sie kommen unter eigeninitiativer Verwendung unüblicher Ausdrucksmittel zustande, sind keine Folge eines kommerziellen Auftrags durch die Medien. Als einmalige, außergewöhnliche Aktion haftet einem politischen Manifest letztlich eine für dessen Manifestanten berufs- und professionsuntypische Extravaganz an.

Politische Manifeste zeichnen sich der hier vorliegenden Definition zufolge überdies durch eine pointierte Forderung aus, die sich vor allem in der kämpferischen Sprachcodierung ausdrückt.⁷² Der Duktus ist nicht selten feierlich, pathetisch, instruktiv oder in ernster Sorge gehalten und von einem appellierenden Impetus befeuert; der Stil ist oftmals ein „imperativischer und apodiktischer“⁷³, der Streitbarkeit signalisiert.

70 Vgl. Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 228 f.

71 Der allgemeine Charakter von Manifesten als exotische Ausdrucksform zeigt sich beispielhaft an Künstlermanifesten, die sich als ein „Medium der Selbstdarstellung und Selbstreklame“ entpuppten, das ein Publikum anvisierte, welches „mit genuin künstlerischen Formen im Normalfall nicht erreichbar ist“ und das durch eine „entsprechende Plazierung das Interesse einer Öffentlichkeit [beanspruchte], die über das traditionelle Kunstpublikum hinausreicht“; Eisenhuber, Günther: Manifeste des Dadaismus. Analysen zu Programmatik, Form und Inhalt, Berlin 2006, S. 166.

72 Die folgenden Überlegungen verdanken sich auch der Inspiration durch Schwitalla, Johannes: Deutsche Flugschriften 1460-1525. Textsortengeschichtliche Studien, Tübingen 1983, S. 19 ff.; überdies wurden Kriterien literarischer Manifeste adaptiert, vgl. dazu Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 36 sowie S. 185-197.

73 Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 228.

Sie sollten des Weiteren mit einem Bezug zu einer gegenwartsrelevanten Problematik aufwarten, der Kritik an einem bestehenden Zustand Ausdruck verleihen, eine Einstellungsänderung zum betreffenden Gegenstand intendieren, dezidiert für ein Lösungs-, Argumentations- oder Reformkonzept Partei ergreifen und auf Grundlage dessen konkrete Erwartungen, bisweilen auch energische Handlungsaufforderungen formulieren. Sie sind Bestandteil des Versuchs, aus einem außerpolitischen Raum der Gesellschaft kommunikativ in den Innenraum der Politik hineinzuwirken. Im Manifest wird – vielfach durch superlativische Wortwahl – zwischen „eigener und gegnerischer Anschauung scharf getrennt, der eigene Standpunkt wird zum Dogma erhoben, der gegnerische Standpunkt wird scharf kritisiert“⁷⁴. „Postulieren, Proklamieren, die Verkündung von Vorstellungen, die Vermittlung von Autorintentionen“⁷⁵ kennzeichnen Manifeste ebenso wie der „Transport von Intentionsäußerungen, die öffentliche Darlegung programmatischer Zielsetzungen“. Der Leser wird „mehr oder weniger massiv dazu aufgefordert, die verkündeten Tendenzen zu akzeptieren und andere Tendenzen abzulehnen“⁷⁶. Politische Manifeste widmen sich hinsichtlich ihres Kommunikationszwecks keinen „poetischen Vertextungsabsichten“⁷⁷; somit zählt weniger die literarisch-rhetorische Konzeption des Textes als „eine pragmatische Funktion, die sich in etwa als die Vermittlung von Intentionen, die öffentliche Darlegung programmatischer Überlegungen umschreiben lässt“⁷⁸. Literaturwissenschaftlich werden sie als „performative Sprechakte“ verstanden, „mit deren Äußerung eine bestimmte Handlung vollzogen wird, etwa ein Urteil gefällt, eine Erklärung abgegeben, eine Forderung gestellt“ wird.⁷⁹ Manifeste beabsichtigen offenkundig, durch einen gedankenschweren Impuls einen gesellschaftlichen Prozess auszulösen und diesen in seiner Entwicklung durch Empfehlungen und Handlungsanweisungen bereits vorzustrukturieren, ein Stück weit Interpretations- und Reflexionsprozesse der Rezipienten im Sinne der Autoren auch zu steuern. Kunstwerke zum Beispiel gaben viel zu oft die impliziten Botschafter ihrer Schöpfer nicht preis. Die Künstler versuchten daher über Manifeste, diese Diskrepanz zwischen beabsichtigter und erreichter Intentionenvermittlung zu kompensieren

74 Ebd., S. 171. Der Gebrauch von „Kampfmetaphern“, die deutlich machen: „man kämpft für etwas und man kämpft gegen etwas“, verleihen Manifesten gelegentlich eine martialische Note; ebd., S. 185.

75 Berg, Hubert v.d.: Das Manifest – eine Gattung? Zur historiographischen Problematik einer deskriptiven Hilfskonstruktion, in: ders./Grüttemeier (Hg.) 1998 (s. Anm. 6), S. 193-225, hier S. 199.

76 Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 36.

77 Der Begriff ist entlehnt aus Schwitalla 1983 (s. Anm. 72), S. 26 f.

78 Berg/Grüttemeier (s. Anm. 6), S. 17.

79 Eisenhuber 2006 (s. Anm. 71), S. 165.

und entstandene Verwirrung auszuräumen.⁸⁰ Weil Manifeste zudem einer rechtlichen Sanktionsgewalt entbehren, somit keinen unmittelbaren Zwang auf ihr Publikum ausüben können, müssen sich Manifeste auf die Macht der Rhetorik verlassen. Dies – Kritik, Änderungswunsch und Alternativenbenennung – sind drei fundamentale Kriterien zur Identifizierung auch eines politischen Manifests.

Schlussendlich sollen Manifeste von Einzelpersonen, einer Gruppe oder auch Organisation namentlich unterzeichnet sein, damit klar wird, wessen Stellungnahme sich eigentlich „manifestiert“.⁸¹

Der Germanist Walter Fähnders benennt – abgeleitet von einer gängigen Duden-Definition – Programmatik, Öffentlichkeit, Eindeutigkeit und Gruppencharakter als die „vier essentials“ von Manifesten.⁸² Daran anknüpfend seien hier noch einmal abschließend die Definitionskriterien kurz aufgezählt, durch die sich politische Manifeste auszeichnen: erstens öffentliche Zugänglichkeit, zweitens eine aus Sicht der Manifestanten unkonventionelle und nicht berufsmäßige Ausdrucksform, drittens die Kritik an Gegenwartszuständen sowie der Aufforderung zu alternativem Handeln und schließlich viertens die namentliche Signatur einer Gruppe oder von einzelnen Personen.

Von der Kompromisshaftigkeit einer Fallauswahl

Es gehört gewiss zum deprimierenden Wesensmerkmal von Definitionen, dass der von ihnen beschriebene Idealtypus in der Realität kein genaues Abbild findet. Auch die vorliegende Kennzeichnung politischer Manifeste wird hinsichtlich der Fallauswahl kritischen Gemütern gehörige Kompromissbereitschaft abverlangen. Denn einige der ausgewählten Manifeste zeichnen sich durch eine Abweichung vom Definitionsideal aus. So ist beispielsweise „Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“ für sich genommen ein unselbstständiges Antwort-Manifest, dessen Bedeutung sich erst in Kombination mit dem US-amerikanischen Auslöser-Manifest „What we’re fighting for“ erschließen lässt; wiederum andere wie der „Aufruf an die Kulturwelt“ tragen starke Züge staatlicher Propaganda; das Futuristische Manifest ist zudem erst aus dem Ausland kommend im deutschen Diskurs eingekehrt.

Was die Fallauswahl betrifft, so lässt sich aufgrund der ungeheuren Fülle von Manifesten eine allumfassende Kompilation freilich nicht bewerkstel-

80 Vgl. hierzu Berg 1998 (s. Anm. 75), S. 198. „Die Bezeichnung eines Textes oder Werkes als Manifest bildet somit eine diskursive Strategie, die darauf angelegt ist, Krisen der Intentionalität zu bewältigen, wieder Zugriff auf Intentionen zu bekommen.“ Ders./Grüttemeier 1998 (s. Anm. 6), S. 28.

81 Eine Ausnahme stellen Manifeste dar, die unter repressiven Bedingungen auf eine Unterzeichnung verzichten mussten.

82 Vgl. Fähnders 1997 (s. Anm. 5), S. 21.

ligen. Praktikable Forschung muss sich mit dem Odium der Selektion arrangieren. Die getroffene Auswahl versucht, gleichermaßen ein breites Spektrum an unterschiedlichen Manifest-Typen wie auch an geschichtlichen Epochen abzudecken und auf diese Weise ein möglichst großes Erkenntnispotenzial zu erschließen, mit dessen Ausbeute sich zukünftige Forschung auch anderen Einzelfällen zuwenden kann. Zudem wurde darauf geachtet, ob die Fälle Möglichkeiten bieten, weitere Gesichtspunkte wie das Ausmaß zeitgenössischer Debatte oder die Führungsperformanz politischer Elite zu beleuchten. Die in diesem Band behandelten Manifeste sollen ausschließlich zu einer potenziell brisanten Thematik Stellung nehmen, welche gesamtgesellschaftliche und epochenspezifisch „wichtige“, auf sozialen Wandel hindeutende und menschlich existenzielle Problemkomplexe berührt – Krieg und Frieden, Freiheit, Überleben sowie die Veränderung der staatlichen Ordnung fallen darunter.⁸³ Weil politische Manifeste überdies seit der Französischen Revolution vorwiegend jenseits institutionalisierter Macht gebräuchliche Medien sind,⁸⁴ der analytische Blick dieses Sammelbands auf Manifeste als Einflussinstrumente zivilgesellschaftlicher Aktion fokussiert, sollen ausschließlich Schriften mit oppositionellem Charakter und dissidenter Absicht gegen institutionalisierte Herrschaft behandelt werden; des Weiteren nur solche, deren Urheber im Rahmen der Manifest-Aktion nicht als Politiker in Erscheinung treten oder politische Mandatsträger und Amtsinhaber sind. Hier behandelte Manifeste werden unter dem engen Blickwinkel zivilgesellschaftlicher Opposition betrachtet. Und nicht zuletzt folgt dieses Sortiment forschungspragmatischen Überlegungen, denn sowohl die Prominenz der Autoren als auch einschneidende gesellschaftliche Ereignisse ermöglichen den Rückgriff auf ein reichhaltiges Quellen- und Literaturmaterial.

Was den Untersuchungszeitraum anbelangt, so gebietet ebenfalls ein gesunder Forschungspragmatismus, zur Beschränkung der möglichen Fallzahl bestimmte Grenzen festzulegen. Einige Indizien sprechen für eine grobe Eingrenzung. Der zeitliche Rahmen soll in Abhängigkeit der Beschaffenheit politischer Kultur und medialer Öffentlichkeit gewählt werden.⁸⁵ Untersucht werden sollen Manifeste von Anfang des 19. bis zur Gegenwart des 21. Jahrhunderts. Denn erst das beginnende 19. Jahrhundert hat eine Entwicklungsstufe des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses erklommen,

83 Dieses Kriterium hat sich bereits bei der systematischen Untersuchung von Flugschriften bewährt; vgl. Schwitalla 1983 (s. Anm. 72), S. 14.

84 Vgl. nochmals Malsch 1997 (s. Anm. 1), S. 67 und S. 239.

85 Die Kopplung an ein spezifisches Entwicklungsstadium von medial vermittelter Öffentlichkeit legen verwandte Forschungsarbeiten nahe; siehe Carrier, Hubert: Conclusion. Pour une définition du pamphlet: Constantes du genre et caractéristiques originales des textes du XVI^e siècle, in: Centre V. L. Saulnier. Université de Paris-Sorbonne (Hg.): Le pamphlet en France au XVI^e siècle, Paris 1983, S. 123-136, hier S. 134 f.

welche für politische Manifestation – nach der hier gültigen Definition – elementare Rahmenbedingungen bereit hält und auf der zugleich die politische Kultur durch die zunehmende Verwirklichung demokratischer Axiome wie Gewaltenteilung, Volkssouveränität und Meinungsfreiheit einem liberalen Rechts- und Verfassungsstaat entgegen strebte.⁸⁶ Darunter fallen erstens die Entwicklung technischer Verfahren zur Herstellung von Massendruckzeugnissen und eine auf diesem florierenden Zeitungswesen fußenden Öffentlichkeit, zweitens eine durch ein expandierendes Bildungswesen fortgeschrittene Alphabetisierung der Bevölkerung, drittens die Herausbildung eines politisierten, aristokratischen Herrschaftsanspruch anfechtenden Bürgertums sowie viertens die Überwindung absolutistischen Willkürregiments. Allesamt Faktoren also, welche die Demokratiemündigkeit wie auch Demokratiefähigkeit der Bevölkerung begründeten und eine mediale Infrastruktur, vermittels derer sich öffentliche Information nicht mehr bloß indirekt über Mundpropaganda, Geschwätz und Gerücht verbreitete, der Zugang zu politischer Publizistik erheblich offener und das staatliche Meinungsmonopol überwältigt worden war.⁸⁷

In einer weitgehend analphabetisierten Gesellschaft hatte es zur Kompensation einer geringen Zahl von Lesekundigen unter der Bevölkerung noch privilegierter Herrschaftsressourcen bedurft; Kaiser und Könige sicherten sich die öffentliche Meinungsführerschaft, indem hoheitliche Akte im ganzen Land auf öffentlichen Plätzen von eigens ausgesendeten Herolden verlesen wurden.⁸⁸ Da eine vergleichbare Kommunikationslogistik von zivilgesellschaftlichen Akteuren üblicherweise nicht vollbracht werden kann, setzt die wenigstens prinzipiell mögliche Verbreitung unabhängiger und eigeninitiativer Texte ein bestimmtes Bildungsniveau der Öffentlichkeit wie auch die Existenz kostengünstiger Massenmedien voraus. Massenkommunikation verlangt nach einer Infrastruktur, welche die Möglichkeit zu einer „breitflächigen und kontinuierlichen Beeinflussung der öffentlichen

86 Zum Folgenden vgl. u.a. Lersch, Edgar: Die Bedeutung der alten und neuen Medien für Wirtschaft und Gesellschaft. Zum Stand der Forschung und methodische Vorüberlegungen, in: Pohl, Hans (Hg.): Die Bedeutung der Kommunikation für Wirtschaft und Gesellschaft, Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 87, Stuttgart 1989, S. 459-485, hier S. 473-478. Im 19. Jahrhundert wurde Deutschland „zu einem Land der Schulen“; Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1993, S. 451. Überdies vollzog sich in jenem Säkulum „der gewaltige Aufstieg der Wissenschaften zu einer das Leben und die Welt umgestaltenden Großmacht“; ebd., S. 484.

87 Vgl. hierzu Brockmann, Thomas: Die Konzilsfrage in den Flug- und Streitschriften des deutschen Sprachraumes 1518-1563, Göttingen 1998, hier S. 36 f.; Halasz, Alexandra: The marketplace of print. Pamphlets and the public sphere in early modern England, Cambridge 1997, S. 1 f.

88 Vgl. Malsch 1997 (s. Anm. 1), S. 48.

Meinung“⁸⁹ einräumt. Wohl am wichtigsten ist hierbei die schier existenzielle Abhängigkeit politischer Manifeste von Medien als massenwirksamen Transportmitteln. Denn im Gegensatz zu Flugschriften, die sich beispielsweise im vordemokratischen Zeitalter mangels eines massenmedialen Systems als ein enorm wichtiges Forum der öffentlichen Auseinandersetzung erwiesen,⁹⁰ stellen Manifeste kein selbstständiges Medium dar, sind keine autonome Publikationsform – was ihre Verbreitung in unfreien Gesellschaften wie dem nationalsozialistischen Deutschland oder der Deutschen Demokratischen Republik ungemein erschwerte. Während es sich bei Flugschriften selbst um Medien handelt, definieren sich Manifeste anhand ihres Inhalts.

Wenn nun aber eine massenmedial vermittelte Öffentlichkeit so wichtig ist, weshalb dann die Betrachtung von politischen Manifesten, die unter der erschwerenden Bedingung einer staatlich reglementierten oder noch schwach entwickelten Öffentlichkeit entstanden? Nun, auch diese haben ihre Berechtigung, könnten Manifeste doch zu deren Überwindung beitragen. Weil diktatorische Systeme wie die DDR – ein System, das sich „durch einen extremen Grad herrschaftsgeleiteter Kontrolle seiner inszenierten Öffentlichkeit auszeichnete“⁹¹ – mit repressiven Einrichtungen wie dem Ministerium für Staatssicherheit zwar versuchen, Öffentlichkeit zu zerstören, die nicht herrschaftskonform, sondern regimekritisch ist, muss ohnehin davon ausgegangen werden, dass Manifeste in einem derart ungemütlichen Klima so gut wie keine Erfolgchancen besitzen. Der Zugang zu den Bürgern wird abweichenden Meinungen systematisch verwehrt und entsprechende Versuche können infolgedessen nur rebellisch, konspirativ und unter hohem persönlichem Risiko gewagt werden. Doch gerade in solchen Fällen, wenn sich „öffentliche Meinung ihr letztes Refugium im Flüsterwitz“ suchen muss und sich eigentlich nur „nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit“ bilden kann,⁹² ist aus demokratischer Perspektive eine sogenannte „Gegenöffentlichkeit“ wichtig. Diese speist sich aus oppositionellen Schrifterzeugnissen, die zur offiziellen Doktrin staatlicher Institutionen konträre Alternativen anbieten, tabuisierte Missstände benennen oder gar zur Revolution aufrufen. Manifeste-

89 Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 54.

90 Vgl. Brockmann 1998 (s. Anm. 87), S. 34 ff. „Erst die Fähigkeit, deutsche Texte zu lesen, gab den direkten Zugang zu einer überregionalen, teils reichsweiten Öffentlichkeit frei, wie sie durch das Aufkommen des Buchdrucks und die gleichzeitig entwickelten Weisen der Verbreitung von Druckschriften [...] entstanden war.“ Ebd., S. 36.

91 Klein, Thomas: Heimliches Lesen und staatsfeindliches Schreiben. Bemerkungen zu Zensur und Gegenöffentlichkeit in der DDR der achtziger Jahre, in: Lokatis, Siegfried/Sonntag, Ingrid (Hg.): Heimliche Leser in der DDR, Berlin 2008, S. 57-65, hier S. 57.

92 Fraenkel, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart u.a. 1973, S. 179.

te erscheinen daher als besonders prädestinierte Vehikel von kritischer Gegenöffentlichkeit und umso mehr spricht für ihre Untersuchung auch in politischen Systemen mit eingeschränkter Öffentlichkeit.

Im frühen 19. Jahrhundert konstituierte sich in Deutschland ein politisiertes Bürgertum, das als „geistig-moralische Bewegung“ einen „verdeckten Herrschaftsanspruch“ besaß⁹³ und einen „ungehinderten öffentlichen Diskurs“⁹⁴ durch „freies Zusammenwirken von Bürgern in und für öffentliche Angelegenheiten“⁹⁵ einforderte, somit eine zivile Gegenmacht zu feudalen und aristokratischen Autoritätsstrukturen darstellte. Zur Jahrhundertwende kamen Geburtsjahrgänge auf, deren „Erwartungs- und Werthorizonte“ sich im Vergleich zu ihren demographischen Vorgängerkohorten verändert hatten und die in einem „gesellschaftlichen Selbstverständnis auf[wuchsen], das immerhin für eine klare antiabsolutistische und anti-etatistische Stoßrichtung“ stand⁹⁶ und einem Glauben an die „Veränderbarkeit“⁹⁷ der Welt anhing. In Deutschland brach das „Zeitalter der großen politischen Bewegungen“ an, das von einem „Kampf der Ideen davon, wie Staat und Gesellschaft aussehen sollen“, geprägt wurde und der politische Parteien hervorbrachte.⁹⁸ Man begann, sich einer gemeinsamen Nationalität bewusst zu werden, und es vollzog sich der erste – freilich staatlich verordnete – Modernisierungsschub, welcher die Ablösung der ständischen Ordnung und analog dazu die Entfaltung einer bürgerlichen Gesellschaft hervorbrachte, in der rechtliche Gleichheit unter Staatsbürgern wie auch das antiständische Leistungsprinzip bestimmend waren, in der sich auch soziale Schichten ausdifferenzierten, in der erstmals massiv zivilgesellschaftliche Assoziation praktiziert wurde.⁹⁹

Diese Entwicklungen waren als Mindestmaß an gesellschaftlichem Kommunikationspotenzial die Voraussetzungen für politische Manifestation im hier gemeinten Sinne. Ohne einen einigermaßen entwickelten Kommunikationsraum, ohne eine über die sozialen Eliten hinausreichende Politisierung und Alphabetisierung wäre politische Manifestation viel zu exklusiv, als dass sie dem Untersuchungsinteresse gerecht werden könnte. Die hier

93 Ruppert, Karsten: Bürgertum und staatliche Macht in Deutschland zwischen Französischer und deutscher Revolution, Berlin 1997, S. 33.

94 Ebd., S. 31; vgl. dort insgesamt zur Herausbildung bürgerlicher Öffentlichkeit S. 29-33 und zum Folgenden S. 35-38.

95 Nipperdey 1993 (s. Anm. 86), S. 267.

96 Kaschuba, Wolfgang: Deutsche Bürgerlichkeit nach 1800. Kultur als symbolische Praxis, in: Kocka, Jürgen (Hg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Eine Auswahl, Bd. 2: Wirtschaftsbürger und Bildungsbürger, Göttingen 1995, S. 92-127, hier S. 96 f.

97 Nipperdey 1993 (s. Anm. 86), S. 267.

98 Ebd., S. 286.

99 Vgl. hierzu Nipperdey, Thomas: Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays, München 1986, S. 50 f.; ders. 1993 (s. Anm. 86), S. 255-271.

vorgenommene Grenzziehung erfolgt somit aufgrund zivilisatorischer Entwicklungen und historischer Ereignisse.

Mit dem Hessischen Landboten Georg Büchners (u.a.) aus dem Jahr 1834 beginnt der Fallkatalog dieses Bandes im Übrigen mit einem bedeutungsvollen Manifest. Denn mit Büchner trat zum ersten Mal in Deutschland „ein Demokrat nicht für die geistigen Güter der Gebildeten ein, sondern für die materiellen der Armen und Unwissenden“¹⁰⁰ und markierte damit im Vormärz den Beginn einer zivilgesellschaftlichen Zeitenwende.

GEDANKEN ZUR FALLANALYSE

Die Untersuchung der im Folgenden benannten Aspekte politischer Manifeste fühlt sich forschungsstilistisch der „Göttinger Schule“ verpflichtet.¹⁰¹ Sie verfolgt daher einen interaktionistischen Analyseansatz, der das Phänomen aus dem wechselweisen Zusammenspiel von Personen, politisch-gesellschaftlich-historischem Umfeld und dem strukturellen Rahmen heraus zu verstehen sucht. In diesem Kontext versucht sie sich an einem Portrait von Individuen, ihren pointierten Aktionen in Form politischer Manifeste und der Frage, wie diese möglicherweise auf *policy* – damit auf Politik und Geschichte – einwirkten. Dieser Band nimmt darüber hinaus die Bedeutung von politischen Manifesten für die zivilgesellschaftliche Kultur in Augenschein.

Die Manifestanten

Als Manifestanten sollen hier die Unterzeichner bzw. Urheber eines Manifests verstanden werden. Es gibt eine ganze Reihe von Aspekten, die sich innerhalb dieser Rubrik untersuchen ließen. Manifeste sind in der Regel mit einzelnen Namen unterschrieben, manchmal aber auch mit der Bezeichnung einer Organisation oder Institution – in bestimmten Fällen können sie auch anonym oder pseudonym erscheinen. Es liegt daher nahe, zuerst das Profil des Unterzeichnerkollektivs oder der dahinterstehenden Organisation – der Manifestantenschaft also – zu ergründen. Wie ist die Autorität der Manifestanten beschaffen, was sind ihre individuellen Ressourcen? Spezifische Sozialcharakteristika wie Prestige, Renommee, Zertifikate, Glaubwürdigkeit, Meriten, Prominenz, Status, Kompetenz et cetera können die medialen „ga-

100 Karl Emil Franzos zitiert nach Hauschild, Jan-Christoph: Georg Büchner: Bilder zu Leben und Werk. Eine Ausstellung des Heinrich-Heine-Instituts, Düsseldorf 1987, S. 39 ff.

101 Vgl. hierfür beispielhaft Forkmann, Daniela/Schlieben, Michael: „Politische Führung“ und Parteivorsitzende. Eine Einleitung, in: dies. (Hg.): Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland von 1949-2005, Wiesbaden 2005, S. 11-21.

tekeeper“, die „Türsteher, welche den Zutritt zu den Medien gewähren“¹⁰², überwinden helfen und dadurch eine privilegierte öffentliche Verbreitung ermöglichen.¹⁰³ Sie könnten einem Manifest-Text unabhängig von dessen inhaltlichem Gehalt aber auch Zugänge zu bestimmten Gesellschaftsgruppen öffnen und ihm ein sonst womöglich unerreichbares Zustimmungspotenzial erschließen. In der Prominenz von Akteuren beispielsweise sehen Medienforscher ein regelrechtes Kapital, um massenmediale Zuwendung für eigene Anliegen zu erheischen.¹⁰⁴ Auch die Zugehörigkeit zu einer Fachelite steigert den Erkenntnissen der Medienforschung zufolge die Chance, eigene Anliegen über die Medien vermittelt in den öffentlichen Diskurs einzuspeisen. Besonders Wissenschaftler sind imstande, ihren Aussagen eine „moralische bzw. wissenschaftliche Dignität“ und vermittels ihrer Ausstrahlung der Aktion eine „Illuminierung“ zu verleihen, weil man ihnen eben zutraut, gesellschaftlich bedeutsame Sinnfragen in ein allgemeines Interesse zu stellen und zu beantworten.¹⁰⁵ Wie überhaupt der Status des Kommunikators einer Meinung, in diesem Fall also der Manifestanten, eine wichtige Determinante zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung ist;¹⁰⁶ bevorzugen doch Journalisten „statushohe Informationsquellen“¹⁰⁷. Namen und Persönlichkeiten, wie auch deren Autorität und soziale Merkmalsausprägung wären somit Garanten von Seriosität oder Lieferanten von Renommee und Glaubwürdigkeit. Gelingt es Manifestanten beispielsweise, die mit ihren Namen verknüpfte Anhänger- und Sympathisantenschaft auch für das Manifest zu mobilisieren? Kurz: Wie effektiv profitiert das Manifest von den Ressourcen seiner Verfasser und Unterzeichner?

Hinter dem Namen verbirgt sich zudem in vielen Fällen eine Expertenrolle, die mit der unterzeichnenden Persönlichkeit verbunden werden kann. Passen fachliche Qualifikation sowie assoziierter Expertenstatus der Manifestanten thematisch zu dem Inhalt des Manifests, so könnte dies der Textbotschaft eine zusätzliche Autorität wie auch Legitimation verleihen. Umgekehrt ist zu fragen, ob die Akzeptanz eines Manifests schwindet, wenn sich die Manifestanten auf einem qualifikatorisch fremden Feld einmischen, das sich ihrer originären Fachkenntnis entzieht. Und verdankt das Manifest

102 Hagen, Lutz M.: Die opportunen Zeugen. Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion, in: Publizistik, Jg. 37 (1992) H. 4, S. 444-460, hier S. 456.

103 Zu „gatekeepern“ vgl. Waldherr 2008 (s. Anm. 32). Wie Habermas bemerkt, käme bei dem Einfluss auf Öffentlichkeit auch „das Ansehen von Personengruppen und Experten, die ihren Einfluss in speziellen Öffentlichkeiten erworben haben“, zum Einsatz; Habermas 1998 (s. Anm. 30), S. 440.

104 Vgl. hier und folgend Peters, Birgit: Prominenz. Eine soziologische Analyse ihrer Entstehung und Wirkung, Opladen 1996, S. 109 ff.

105 Ebd., S. 110 f.

106 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 67.

107 Der Begriff findet sich bei Peters 1996 (s. Anm. 60), S. 67.

seine Wirkung letztlich eher seinem Inhalt oder am Ende doch nur seinen Unterzeichnern?

Reizvoll ist obendrein die Frage, ob politische Manifeste ein typisches Medium, ein besonders affines Artikulationsinstrument eines bestimmten Sozialtyps sind. Steht das Manifest aufgrund seiner ihm eigenen Komponenten – Distribution an die Öffentlichkeit, Prominenz der Unterzeichner, Formulierung des Inhalts u.a. – und den damit verbundenen Anforderungen an die individuellen Kompetenzen der Manifestanten vielleicht nur einer elitären Sozialschicht zur Verfügung? Existieren sozialstrukturell prädestinierte Personenkreise, denen für das Zuwegebringen eines Manifests unerlässliche Befähigungen genuin zu eigen sind, und bilden also Manifeste letztlich eine exklusive Möglichkeit der gesellschaftlichen Einflussnahme?

Es kursieren überdies Manifeste, die an ihrem Ende eine zum Teil monströse Anzahl von Unterzeichnern versammeln. Ist diese bisweilen opulente Anhäufung von Namen aber unbedingt förderlich oder vermindert sie am Ende gar kontraproduktiv den Manifest-Erfolg? Im Gegenzug ließe sich überlegen, ob erst eine bestimmte Anzahl von einschlägigen Namen für die beabsichtigte Resonanz zu sorgen weiß?¹⁰⁸

Manifestanten lassen sich mit Seiteneinsteigern in die Politik vergleichen, die man gemeinhin als innovative und gewinnbringende Ergänzung und Auffrischung des professionellen, über die Parteien gesteuerten Politikgeschäfts, als Medikament zur Therapierung der Politikverdrossenheit preist. Denn Manifestanten sind aufgrund ihrer außerpolitischen Herkunft im Grunde genommen politische Quereinsteiger für den Moment. In dem kurzen Augenblick der Manifest-Aktion werden sie politisch aktiv, engagieren sie sich temporär in einer für sie ansonsten fremden Sphäre der Gesellschaft.¹⁰⁹ Als Laien kennen sie vermutlich die Funktionsmechanismen des politischen Betriebs nicht genügend, um unvorteilhafte Handlungen, mithin fatale Fehler vermeiden und sich gegen den Widerstand der attackierten Politiker durchsetzen zu können.¹¹⁰ Aber ist die Herkunft aus einem politikexternen Gebiet nicht gerade eine überaus ergiebige Quelle von Glaubwürdigkeit, Zustimmung und Empathie von Seiten der Bevölkerung? Müssten die gemeinhin als politikverdrossen etikettierten Bürger, denen man in zuverläss-

108 Vgl. Ruf, Oliver: „Sie wittern die Konjunktur“, in: die tageszeitung, 04.03.2003.

109 Cobb, Ross und Ross unterscheiden zwischen drei verschiedenen Modellen der Einwirkung neuer Themen auf die politische Agenda. In diesem Zusammenhang ist die dritte „zivilgesellschaftliche“ Einflusssschneise relevant, das „outside initiative model“; vgl. Cobb, Roger/Ross, Jennie-Keith/Ross, Marc: Agenda Building as a comparative political process, in: The American Political Science Review, Jg. 70 (1976) H. 3, S. 126-138, hier insbesondere S. 128-132.

110 Vgl. Lorenz, Robert/Micus, Matthias: Die flüchtige Macht begabter Individuallisten, in: dies. (Hg.): Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteiendemokratie, Wiesbaden 2009, S. 487-504.

siger Regelmäßigkeit demoskopisch eine notorische Unzufriedenheit mit den vermeintlich eigennützig handelnden, in drastischeren Fällen sogar korumpierten Berufspolitikern attestiert, nicht ganz besonders mit außerpolitischen Autoritäten eines anderen, moralisch besser bewerteten Gesellschaftsbereichs wie der Wissenschaft oder der Kultur sympathisieren; noch dazu wenn diese sich im Rahmen eines Manifests – implizit oder explizit – öffentlich über die Handlungsweise der Politik(er) empören?

Und weshalb eigentlich wird man überhaupt zu einem Manifestanten? Eine wichtige Aufgabe der Fallanalyse besteht – soweit möglich – in der Erkundung von Beweggründen einzelner Manifestanten sowie der Konstitutionsbedingungen der Manifestantenschaft. Waren es in altruistischer Manier vollführte Akte der couragierten Moral oder eher egoistisch durchtränkte Motive, welche das Handeln der Manifestantenschaft bestimmten? Literarische Manifeste zum Beispiel dienten ihren Urhebern seit dem 18. Jahrhundert zum Gewinn öffentlicher Aufmerksamkeit und Popularität, zur Herstellung von Sichtbarkeit ihrer Werke in einem durch Gruppenbildungen und Konkurrenzkämpfen verschärften Karriereumfeld.¹¹¹ Literarische Manifeste erwiesen sich seinerzeit als geeignetes Medium politisch Stellung beziehender Intellektueller, um in „kurzen Texten ihre Anschauungen zu proklamieren“, gestalteten sich dadurch als „doktrinärer Text, mit dem versucht wird, den Leser an die verkündeten Theorien zu binden“.¹¹² Versuchten also auch die Protagonisten politischer Manifest-Aktionen persönlich zu profitieren; wie stark gehorchte der Prozess politischer Manifestation einem rationalen Karrierekalkül, verbargen sich darin von den eigentlichen Forderungen des Manifests abgekoppelte Absichten? Oder zumindest: Inwieweit wirkte sich die Teilnahme an einer Manifest-Aktion auf den weiteren Lebensweg und Karriereverlauf aus?

Und wie verläuft letztlich die Rekrutierung der Manifestantenschaft? Denn aller Wahrscheinlichkeit nach gehört nur ein Bruchteil einer Manifestantengruppe zu den antreibenden Initiatoren, literarischen Verfassern und geistigen Urhebern, zum „Inner Circle“ der Manifest-Aktion.¹¹³ Wie steht es um den Grad an interner Kooperation; ist die Zusammenarbeit mehrerer Personen unbedingt notwendig oder bei der Manifest-Erstellung eher hinderlich? Wie verläuft das Manifestieren überhaupt, welche Koordinationskunst ist erforderlich, wie sieht die Logistik eines Manifests aus?¹¹⁴

111 Vgl. Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 227.

112 Ebd., S. 228.

113 Literatur-Manifeste wurden in der Regel im Namen mehrerer Autoren veröffentlicht und auch inhaltlich mitgetragen, wenngleich sie konkret von nur einer Person verfasst worden waren, daher lediglich der Eindruck einer Kollektivarbeit erweckt wurde; vgl. ebd., S. 176-182.

114 Das Futuristische Manifest aus dem Jahr 1909 beispielsweise war „generalstabsmäßige Lancierung“ und folgte einer „den Effekt durchkalkulierenden Logik“; Fähnders 1997 (s. Anm. 5), S. 23.

Gibt es unabhängig von der Zahl der Unterzeichner einen kleinen Zirkel, in dem die Rollen von Initiator, Autor und Organisator klar verteilt sind, ja vielleicht sein müssen? Welches Maß an Komplementarität der Fähigkeiten innerhalb der Gruppe erfordert ein wirkungsvolles Manifest? Unter welchen Umständen verläuft die Akquisition von weiteren Manifestanten, bedarf es besonderer Ressourcen der Angehörigen des „Inner Circle“, um über diese Kerngruppe hinaus weitere potente Unterstützer anzuheuern? Denkbar wäre zum Beispiel, dass Inhaber von Prominenz als Testimonials, als Multiplikatoren, fungieren.

Handelt es sich weiters bei den Manifestanten um eine bereits in anderen Kontexten zusammengetretene Gruppe von Personen mit ähnlicher Vita, biographischen Gemeinsamkeiten, gar konspirativ um eine enge Clique? Oder hat sich der Zusammenschluss ad hoc ergeben, wodurch die Gruppierung etwas Spontanes, unter Umständen aber auch Zerbrechliches darstellt? Wie wirken sich etwaige Zentrifugalkräfte auf die Manifestanten und ihren inneren Zusammenhalt aus; Personenbündnisse, die nur lose miteinander verkoppelt sind, können sich mitunter schnell auflösen und die Aktion scheitern lassen. Kurzum, ein Fokus auf die Unterzeichner, ihre wechselseitigen Beziehungen und ihre Ressourcenausstattung erscheint aus vielerlei Gründen angebracht.

Thema, Inhalt und Rhetorik politischer Manifeste

Betrachtet man das Manifest als solches, so bietet sich auf den ersten Blick die Frage nach Inhalt und Thema an. Woraus ergibt sich eigentlich die Attraktion des Manifests, weshalb ist es vielleicht spröde, langweilig und wenig sensationell? Genügt es, ein virulentes Thema aufzugreifen, eine kontroverse, wenngleich noch nicht abschließend geklärte Frage zu beantworten und durch eine gewieftete Aktion in der Öffentlichkeit zu platzieren und zu aktualisieren, sie gleichsam für eine politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung „manifest“ zu machen? Überdies ist hinsichtlich des Wirkungserfolgs von Manifesten interessant, ob die im Text formulierten Ziele eher utopischer Natur oder kurz- bis mittelfristig realisierbar sein sollten. Scheitern und verschwinden Manifeste sehr schnell bei einer zu großen Realitätsferne oder gründet sich ihr langfristiger Einfluss gerade auf eine gleichfalls langfristig gültige Zielsetzung, eine Begeisterung auslösende Vision? In diesem Zusammenhang lässt sich auch fragen, wie stark Manifeste in ihrer Wirkung von einem konkreten Gegenwartereignis beschränkt werden, ob sie sich beispielweise durch zeitlosere Inhalte davon emanzipieren können.

In einem zweiten Schritt ließe sich der textliche Aufbau, die strukturelle Anordnung einzelner Manifest-Komponenten, prüfen. Wie ist das Manifest hinsichtlich Passagen und literarischer Stilelemente komponiert? Kommen „gute“ Manifeste vielleicht nicht ohne eine besondere Inszenierung aus; zum Beispiel entweder über eine außergewöhnlich attraktive literarische Äs-

thetik oder ein raffiniertes Arrangement des Inhalts?¹¹⁵ Gibt es ein probates Schema, eine Dramaturgie des Manifests, etwa indem in der Manier klassischer Rhetorik zuerst Aufmerksamkeit erregt (*attentum parare*), dann eine von Übertreibungen (*amplificatio*) und Gegnerdiskreditierung (*indignatio*) garnierte Argumentation (*argumentatio*) folgt, welche in die affektive Stimulation des Publikums mündet?¹¹⁶ Filippo Tommaso Marinetti – gewiss der Pionier schlechthin unter sich als professionell und versiert wahrnehmenden Manifest-Schreibern – bezeichnete die „präzise Anklage“ und die „genau dosierte Beschimpfung“ als unverzichtbare Bestandteile eines funktionierenden Manifests und stellte gar eine Art von Maßnahmenkatalog für politische Manifestation auf.¹¹⁷ Auch die Titelwahl des Manifests gelte es laut Marinetti ganz besonders zu beachten. An diesem Aspekt ansetzend, wäre festzustellen, inwieweit die Selbstbezeichnung – etwa als „Manifest“, „Memorandum“, „Erklärung“ et cetera – die Wirkung mitbestimmt. Der Begriff Manifest schien jedenfalls eine Zeit lang Gewähr für öffentliche Wahrnehmung zu bieten; vermutlich weil ihm aufgrund der historischen Funktion der königlichen Kundgebung eine ehrfurchtsvolle, herrschaftliche Konnotation beigemessen wurde.

Sodann die sprachliche Codierung. Es ist vorstellbar, dass Manifeste allein aufgrund eines übertrieben elaborierten und argumentativ überfrachteten Textes sozial exklusiv wirken und sich in ihrer Reichweite von selbst einschränken, indem sie für bestimmte Sozialgruppen schlichtweg unverständlich sind. Welche rhetorischen Stilmittel – Ironie, Parodie und Sarkasmus zum Beispiel – angewendet werden, welches literarische Naturell dem Text inne wohnt – ob er beispielsweise durch eine herausragende Eloquenz besticht oder durch eine esoterische Terminologie und höhere Bildung voraussetzende Fremdworte exkludierende Kommunikationsbarrieren errichtet – soll daher ebenfalls untersucht werden.

Manifestanten als zivilgesellschaftliche Gladiatoren in der medialen Arena

Dieses Buch fragt u.a. nach der zivilgesellschaftlichen Funktion politischer Manifeste. Welche Bedingungen aber müssen gegeben sein, damit ein Manifest überhaupt Zugang zur öffentlichen Debatte findet,¹¹⁸ konkreter: in

115 Vgl. ebd., S. 30.

116 Vgl. hierzu Ottmers, Clemens: Rhetorik, Stuttgart u.a. 1996, S. 54-64.

117 Vgl. hier und folgend Fähnders 1997 (s. Anm. 5), S. 25 ff.

118 Hierbei geht es nicht um eine „Diskursanalyse“ der öffentlichen Debatte im Sinne Michel Foucaults, sondern der Fokus liegt auf dem politischen Manifest als potenzieller Initiator öffentlicher Debatten. Zu den entsprechenden verschiedenen Forschungsansätzen vgl. Kerchner, Brigitte: Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick, in: dies./Schneider, Silke (Hg.):

Zeitungen abgedruckt und rezipiert wird? Für die Beantwortung dieser Frage bietet sich ein interdisziplinärer Rückgriff auf die medienwissenschaftliche Nachrichtenwerttheorie an. Dieser Theorie zufolge existieren diverse Faktoren, die ein Ereignis aufweisen sollte, um auf eine möglichst große Medienresonanz stoßen zu können.¹¹⁹ Denn um die Relevanz einer Nachricht für ein nach Möglichkeit großes Publikum mit Bedacht antizipieren zu können, verlassen sich die Verantwortlichen in den Redaktionsstuben auf Ereignismerkmale, von denen ein hoher Nachrichtenwert zu erwarten ist. Davon am bedeutsamsten ist wohl die „Personalisierung“ von Begebenheiten. Personalisierte Informationen werden von den Medien ganz besonders favorisiert, denn „unabhängig von den zu vermittelnden Inhalten sind Köpfe eher gefragt als Institutionen, werden personalisierte Inhalte den abstrakten vorgezogen“¹²⁰. Anerkanntermaßen wichtig bei einer „wertvollen“ Meinung ist überdies die „Thematisierung“, denn „die großen Nachrichtenthemen sind immer Ereignisse mit Krisensymptomen; Vorgänge, die eine manifeste oder latente Bedrohung zentraler Werte und Ordnungen des Systems bergen“¹²¹. Weisen Themen existenzielle und langfristig gültige Bezüge auf, rekurren sie zudem auf allgemein geteilte Werte der Gesellschaft, so ist ihnen die Zustimmung der öffentlichen Meinung fast schon sicher.¹²² Weitere Faktoren kommen bei der Bestimmung des Nachrichtenwerts hinzu: Je größer die Zahl der von dem Thema betroffenen Personen ist, desto höher fallen „Nähe und Relevanz“ aus. In der Medienberichterstattung werden zudem Sachverhalte privilegiert, die sich in politischen Zentren abspielen und in die „führende politische Repräsentanten“¹²³ verwickelt sind – gestattet doch die Diskussion des Themas in „offenen und konfliktreichen politischen Arenen“ den Journalisten, „dramatische Narrative zu konstruieren“.¹²⁴ Sodann „Dynamik, Aktualität und Valenz“: Unerwartete Ereignisse, die mit einem Überraschungseffekt aufwarten, ein unvorhergesehenes und für die Allgemeinheit relevantes Risiko von großer Aktualität bergen sowie Konflikt und Schaden androhen, laden den Nachrichtenwert noch einmal gehö-

Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung, Wiesbaden 2006, S. 33-67.

119 Vgl. Laubenthal 2008 (s. Anm. 51), S. 268.

120 Peters 1996 (s. Anm. 104), S. 110. „Man kann den Nachrichtenwert auch als Eigenschaft von Personen und Gruppen, nicht nur als Eigenschaft von Ereignissen betrachten.“ Hagen 1992 (s. Anm. 102), S. 456.

121 Schulz, Winfried: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg im Breisgau/München 1976, S. 120.

122 Vgl. hier und folgend ebd., S. 80 f.; Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 49.

123 Schulz 1976 (s. Anm. 121), S. 82.

124 Waldherr 2008 (s. Anm. 32), S. 188.

rig auf.¹²⁵ Geschehnisse mit aggressiven, wenigstens aber kontroversen Bestandteilen werden von den Medien, jedenfalls was ihren Meldungsgehalt anbelangt, ausgesprochen willkommen geheißen. Eine Konkretisierung des Themas bewirkt überdies medientheoretischen Erkenntnissen zufolge „die Herstellung eines lebensweltlichen Bezugs zwischen dem Problem und den alltäglichen Erfahrungen der Bürger“, der die persönliche Betroffenheit des Individuums und die „Einsicht in die ‚Aufdringlichkeit‘ des Problems“ erhöht.¹²⁶ Die Bereitschaft, der angebotenen Problemdefinition und -lösung zu folgen, wird sich in einem solchen Fall erhöhen. Aber nicht nur das. Gelingt es zudem, glaubwürdig eine Verschärfung des Problems für die Zukunft zu prognostizieren, verstärken sich Dringlichkeit und Druck auf die politischen Verantwortungsträger.¹²⁷ Den Fallstudien dieses Bandes obliegt nunmehr die Einschätzung, wie stark die Nachrichtenwertfaktoren jeweils ausgeprägt waren.

Ferner lässt sich nach möglichen Abnutzungserscheinungen politischer Manifeste fragen – nach dem Zeitpunkt ihres Wirkungsverlusts, dem Beginn ihrer Trivialisierung. Enervieren sie mit der Zeit ein von ständigen Kundgebungen, Appellen und Proklamationen zunehmend malträtiertes Publikum? Kann man ein an sich interessantes, gar spektakuläres Sujet vielleicht sogar öffentlich ruinieren, indem man die Bevölkerung irgendwann penetrant langweilt und desensibilisiert? Literarische Manifestanten handelten sich jedenfalls im Zuge einer Überproduktion von Manifest-Schriften den Vorwurf ein, einem „Hang zur Reklame“ erlegen und nicht mehr „zu einer ernsthaften künstlerischen Tätigkeit“ fähig zu sein, nachdem jedem Schwall von Manifestationen eine mindestens ebenso große Anzahl von gegnerischen Stellungnahmen folgte.¹²⁸ Es lässt sich folglich erahnen, dass ein Manifest keine geistlose Alltagserscheinung mit der inflationären Häufigkeit von Nachrichtenmeldungen sein darf, um nicht der Gleichgültigkeit eines gelangweilten und überreizten Publikums anheim zu fallen. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach publizistischer Konkurrenz durch andere Manifestationen.

Die Umfeldbedingungen

Via Manifestation äußern sich Personen, Gruppen oder Organisationen unterschiedlichster Provenienz in der Öffentlichkeit zu einer bestimmten Thematik, einer Frage oder drängenden Kontroverse. Doch gerade die Herkunft

125 Vgl. dazu Schulz 1976 (s. Anm. 121), S. 82; Ruhrmann, Georg: Risikokommunikation und die Unsicherheiten der Gentechnologie. Entwicklung, Struktur und Folgeprobleme, in: Müller-Doohm/Neuman-Braun (Hg.) 1991 (s. Anm. 37), S. 131-164, hier S. 145.

126 Hier und folgend Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 72.

127 Zu diesem Aspekt siehe ebd., S. 73.

128 Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 229.

der Manifestanten, ihr historischer Kontext, sind in die Analyse mit einzu-beziehen. Völlig isoliert von dem gesellschaftlichen Hintergrund, lediglich beschränkt auf die klassische kommunikationstheoretische Wechselwirkung von Sender, Botschaft und Empfänger sollte man den Vorgang des Manifestierens nicht betrachten. Eine derart verengte Sichtweise würde wichtige Einflussfaktoren fahrlässig ignorieren. Denn sicherlich können Manifeste nicht zu jedem Zeitpunkt gleichermaßen reüssieren. Ihr Erfolg und Misserfolg stehen höchstwahrscheinlich in Abhängigkeit äußerer Rahmenbedingungen, bestimmter Situationskonstellationen, die sich aus dem gesellschaftlichen Klima, dem Esprit sozialer Bewegung oder einfach nur dem „Zeitgeist“ zusammensetzen.

So zum Beispiel die Beschaffenheit und Situation des politischen Systems, auch die Lage der Regierung wie der Zustand der Opposition. Die Demokratie durchlief im Verlauf deutscher Geschichte diverse Entwicklungsstadien, bis hin zur Totaldemontage durch den Nationalsozialismus, um sich letztlich erst in der Bundesrepublik nach 1945 beständig zu entfalten. Jedenfalls bemächtigten sich ihrer im Geschichtsverlauf mal mehr, mal weniger stark autokratische Elemente. Sodann gab es reichlich Phasen des Umbruchs, gesellschaftliche Übergangsprozesse, in denen sich Systemtransformationen vollzogen und Zäsuren ereigneten: etwa nach den beiden Kriegsenden von 1918 und 1945 oder im Zuge der „Wende“ zur Deutschen Einheit. Ist das politische System beispielsweise gerade erst seiner Geburtsstunde entwachsen und durchläuft es eine kritische Konsolidierungsphase wie nach der Bismarck'schen Reichsgründung zu Beginn der 1880er Jahre, ab 1919 in der Republik von Weimar, nicht zuletzt dem gesamtdeutschen Staat im Zuge der Wiedervereinigung 1989/90, bieten sich politischer Manifestation vielleicht andere Opportunitäten als im besinnlichen Ambiente weniger turbulenter Zeitabschnitte.

Im Rahmen einer Kontext- bzw. Konstellationsanalyse sollen die Fallstudien herausfinden, welche Faktoren jenseits des Inhalts und der Unterzeichner des Manifests für dessen Wirkungsgeschichte verantwortlich sind, inwieweit das gesellschaftliche Kolorit zeitgenössisch auf den Manifest-Akt abfärbte. Benötigt man zum Beispiel das viel zitierte Gelegenheitsfenster, einen historisch einmalig vorhandenen gesellschaftlichen Chancenraum; müssen unterschwellige Strömungen von Interessen oder Ängsten, die von den Manifestanten für ihre Zwecke gezielt kanalisiert werden können, gesellschaftlich bereits vorhanden sein; oder bedarf es politischer Geschehnisse, die eine öffentlichkeitswirksame Skandalisierung konkreter Akteure erlaubt?

Unzweifelhaft wandelte sich auch die Rolle der Medien, veränderten sich doch fortwährend ihre Form und Technologie, hat sich die mediale Bandbreite durch die Ergänzung der klassischen Druckvarianten Zeitung, Zeitschrift und Flugblatt um Funk- und elektronische Medien wie Radio, Fernsehen und Internet sogar revolutionär erweitert. Zwischen dem 19. und 21. Jahrhundert erhöhte sich die Erreichbarkeit der Bürger einer Gesell-

schaft immens, stieg die Verfügbarkeit von Informationen rapide an und in der Gegenwart längst zu selbstverständlichen Rechtsinstitutionen trivialisierte Errungenschaften wie die Presse- und Meinungsfreiheit waren nicht zu allen Zeiten gleichermaßen gegeben. Verschiedene Entwicklungsstufen der Medien wie auch zensurpolitische Konjunkturen führten in Verbindung mit unterschiedlichen politischen Systemen zu einer im Geschichtsverlauf wechsellvollen Medienwelt und Öffentlichkeit. Zudem stellt sich die Frage, wie es Manifesten gelang, unter der Bedingung eines zunehmenden Informationsflusses, ja geradezu eines Aufmerksamkeit hemmenden Overkills an Nachrichten und Meldungen überhaupt noch wahrgenommen zu werden. Manifeste sahen sich über die Zeit hinweg also mit unterschiedlichen Möglichkeiten der Verbreitung und des Zugangs zu den Adressaten konfrontiert, unterlagen jeweils anderen medialen Restriktionen und Kommunikationsbarrieren, aber eben auch Chancen.

Manifeste und ihre Wirkungsgeschichte

Um gesellschaftlichen Einfluss und historische Bedeutsamkeit eines politischen Manifests beurteilen zu können, bedarf es einer möglichst breiten Analyse seiner Wirkungsweise. Erstens die Unterzeichner: Sie haben einen naturgemäßen Einfluss auf das Manifest. Doch wie wirkt sich seinerseits das Manifest auf die Manifestanten aus? Können zum Beispiel durch die namentliche Unterstützung des Manifests die Unterzeichnenden nachhaltig diskreditiert und in ihrem Renommee empfindlich beschädigt werden? Denn mit der Beteiligung an einem Manifest setzt man seine Unterschrift verbindlich unter das an die Öffentlichkeit zu übermittelnde Papier, unterstützt es damit in all seinen inhaltlichen Aspekten und rhetorischen Formulierungen, steht auf einer Seite mit den weiteren Unterzeichnern und wird womöglich ein Leben lang mit der Aktion in Verbindung gebracht werden. Andersherum: Inwieweit profitieren die Unterzeichner auch – vor allem im Abgleich mit ihren vorgeblichen Motiven – von der Beteiligung an der Manifest-Aktion? Kurz: Welche Konsequenzen erbringen Manifeste ihren Initiatoren und Unterstützern hinsichtlich Status und Karriere?

Welche Folgen zeitigt überdies die gemeinsame Manifest-Aktion, was geschieht im Anschluss? In welchem Ausmaß erreichen Manifeste – gewollt oder ungewollt – beispielsweise eine dauerhafte Gruppenbildung innerhalb des Manifestantenkreises; ist der Akt des gemeinsamen Manifestierens zugleich der Konstitutionsmoment einer zusammengeschweißten, schlagkräftigen und einflussreichen Equipe, die ihre Stärke und Macht aus dem akkumulierten Prestige, Status, Renommee et cetera ihrer Einzelmitglieder schöpft; geht aus ihm womöglich eine langfristige Allianz und Aktionseinheit hervor?

Zweitens wäre nach der historischen Relevanz des Manifests selbst zu fragen. Welches historiographische Schicksal ereilt es, in welcher Weise und Häufigkeit wird es im weiteren Zeitverlauf rezipiert? Versichert es als

punktueller Ereignis effektarm im enzyklopädischen Nirwana oder wird es durch ein Aktualitätspotenzial, wie es etwa bei der gegen Atomwaffen Stellung beziehenden Göttinger Erklärung oder dem systemkritischen Kommunistischen Manifest zu vermuten ist, immer wieder in Erinnerung und somit in öffentliche Diskurse gerufen? Auch sind Fälle vorstellbar, in denen sich der Status eines Manifests erst in der Gegenwart einstellt und dadurch rückblickend überschätzt wird, da es zeitgenössisch kaum Beachtung fand.

In diesem Band sind Manifeste als eine Spielart zivilgesellschaftlicher Intervention in die Politik konzipiert. Es stellt sich somit drittens die Frage nach dem politischen Einfluss, den Reaktionen der professionellen Politik. Welche Handlungen rief es hervor? Machte es zum Beispiel ein Krisenmanagement politischer Entscheidungsträger nötig; kam es zum konstruktiven Dialog oder zur destruktiven Konfrontation zwischen zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren? Liegt im Instrument des Manifests unter diesem Aspekt womöglich auch etwas Gefährliches – etwa wenn es soziale Konflikte in eine Eskalation treibt, durch Intransigenz polarisiert? Protest in Form eines Manifests artikuliert sich auf den ersten Blick äußerst gesittet und akademisch. Manifeste könnten dadurch eventuell eine pazifizierende Wirkung entfalten und die Austragung von Konflikten in friedliche Bahnen lenken. Interessant ist nicht zuletzt die Frage nach der *policy*-Wirksamkeit. Es gilt dabei herauszufinden, ob politische Manifeste tatsächlich Politik verändernde Kräfte entfalten, die Protagonisten der politischen Legislative wie Exekutive gehörig unter Druck setzen und zur Abänderung deren ursprünglicher Agenda zwingen.

Überdies bleibt fünftens zu fragen, ob die Manifeste Replik anderer (zivil-)gesellschaftlicher Kräfte wie Gewerkschaften, Kirchen oder Vereine hervorriefen und sich daraus eine fruchtbare Pluralität zugunsten einer zivilgesellschaftlich belebten Debatte ergab oder dem Manifest durch die mediale Aufmerksamkeitskonkurrenz eher die Schau gestohlen wurde.

Welchen Rumor vermögen Manifeste – sechstens – in der Medienwelt zu verursachen? Wie lange verblieben die zu untersuchenden Manifeste in der öffentlichen Diskussion, wann und weshalb verfiel das Interesse an ihnen; wie wirkte es sich auf die Medienmacher selbst aus – beispielsweise als Fundus sensationeller Geschichten, Bezugspunkt intellektueller Profilierung in den Kommentarspalten oder auch der Überbrückung einer Nachrichtenflaute?

Gesellschaftliche und demokratische Funktionen

Aufklärung, Enthüllung und Inspiration

Für die Demokratie ist gesunde Meinungsvielfalt geradezu elementar. Denn immerhin gestattet sie eine auf Argumente gestützte Abwägung politischer Entscheidungen. In einem politischen System, das den Bürger zum Souverän erhebt, ist der freie Austausch von Auffassungen, der Widerstreit unterschiedlicher Alternativen schlechterdings unverzichtbar. Über die Messbar-

keit der Qualität eines demokratischen Systems wird zwar eifrig diskutiert – sie erscheint sehr schwierig, ermangelt es doch einer Klarheit über die anzulegenden Maßstäbe.¹²⁹ Obgleich sich konstatieren lässt, dass die Güte – mit anderen Worten die positive oder negative Ausprägung – einer für die Demokratie zentralen Dimension für die Beurteilung von Demokratiequalität ein gutes Maß sein kann – wie zum Beispiel die Befähigung zur demokratiemündigen Ausübung des Wahlrechts auf Basis eines umfangreichen Kenntnisstands über das Regierungshandeln. In Demokratien muss sich die Politik jederzeit der Legitimation durch die Bürger unterwerfen. Ihr Handeln bedarf aus diesem Grund „öffentlicher Darstellung, Begründung und Rechtfertigung“.¹³⁰ Wie aber soll Politik diese Legitimation durch Kommunikation erhalten, wenn der einzelne Staatsbürger über mancherlei Brisanz politischen Handelns vielleicht nicht hinreichend informiert ist, gar über einzelne Handlungen nicht einmal Kenntnis besitzt, geschweige dass er durch Wissen um Pro- und Kontra-Argumente zur kritischen Auseinandersetzung befähigt ist? Können politische Manifeste virulent vorhandenen oder akut aufgetretenen, bislang aber nicht öffentlich debattierten Problemen eine Bühne bereiten, ihnen als Impulsgeber politische Repräsentanz und mediale Aufmerksamkeit verschaffen? Die „Göttinger Sieben“ – um ein prominentes Beispiel zu bemühen – trugen mit ihrer Protestation im Jahr 1837 im vormärzlichen Deutschland zur Schärfung eines verfassungsstaatlichen Denkens bei.¹³¹ Vor diesem Hintergrund erscheint die Vorstellung keineswegs vermessen, politische Manifeste könnten durch die Tilgung öffentlicher Diskussionsdefizite zur Stärkung staatsbürgerlichen Urteilsvermögens beitragen.

Aus dieser Perspektive eigneten sich politische Manifeste als Quell der Inspiration für gesellschaftlich bedeutsame Politikinhalt, als Impulsgeber für anschließend gesellschaftlich nachgefragte Politik und Lieferant konkreter Politikvorschläge, derer sich die professionellen Politikeliten bedienen könnten. Als ein spezifischer Typus aus dem Repertoire zivilgesellschaftlicher Akteure sind politische Manifestanten folglich auf ihren Anteil an der Belebung von Demokratie hin zu untersuchen.

129 Vgl. dazu Kaina, Viktoria: Die Messbarkeit von Demokratiequalität als ungelöstes Theorieproblem. Zum PVS-Forums-Beitrag von Marc Bühlmann, Wolfgang Merkel, Lisa Müller und Bernhard Weißels, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 49 (2008) H. 3, S. 518-524.

130 Sarcinelli, Ulrich: Mediale Politikdarstellung und politische Kultur. 10 Thesen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 5/1996, S. 265-280, hier S. 268.

131 Die Protestation der „Göttinger Sieben“ ist von Göttinger Studenten in tausendfacher Zahl vervielfältigt und in ganz Deutschland verteilt worden; vgl. Thadden, Rudolf v.: Die Göttinger Sieben zwischen Universität und Öffentlichkeit, in: Machinek, Angelika (Hg.): Dann wird Gehorsam zum Verbrechen. Die Göttinger Sieben: Ein Konflikt um Obrigkeitwillkür und Zivilcourage, Göttingen 1989, S. 13-31, hier S. 27.

Ein anderes Publikationsgenre – Pamphlete nämlich – stellte bereits in früheren Zeiten seine Eignung als Medium der Transparenz unter Beweis. Pamphlete waren in der Lage, politische Debatten aus dem Arkanbereich der Politik – aus den geheimnisvollen Hinterzimmern der Parlamente, Kanzleien und Ministerien also – herauszuholen und der zuvor ausgeschlossenen Öffentlichkeit zu unterbreiten.¹³² Sie leisteten insofern Inklusion, erweiterten den Kreis der Diskussionsteilnehmer und öffneten die politische Sphäre dem bürgerschaftlichen Diskurs. Enthüllung von Geheimpolitik und Aufklärung über Denken und Handeln politischer Verantwortungsträger könnten auch demokratieförderliche Funktionen politischer Manifeste seien.

Überdies problematisieren Manifeste einen spezifischen Sachverhalt, warnen vor gefährvollen Entwicklungen oder echauffieren sich über missliche Zustände. Aus dieser Perspektive besitzen sie das Potenzial, eine Themenkarriere anzustoßen. Ganz oft wurden gesellschaftsrelevante Themen und Risikokontroversen wie jene über Atomkraft, Wettrüsten oder Genforschung nicht zuerst von „Exponenten des Staatsapparats, der großen Organisationen oder gesellschaftlichen Funktionssysteme“¹³³, sondern von zivilgesellschaftlicher Seite her der öffentlichen Debatte zugänglich gemacht. Um in der Öffentlichkeit bestimmte Deutungen und Meinungen durchzusetzen, alarmierende Zustände ins Bewusstsein zu rufen, sind „Themenunternehmer“ bzw. „Framesponsoren“ nötig, welche dem Thema in der öffentlichen Wahrnehmung zum Durchbruch verhelfen.¹³⁴ Probleme werden erst zu einem öffentlichen Thema, sobald sie die Ebene des Einzelnen verlassen und verallgemeinerbar sind, von Teilöffentlichkeiten als bedeutsam erkannt werden.¹³⁵ Gelingt dies, steht fortan nicht mehr das Thema selbst, sondern nur noch diesbezügliche Meinungen und Entscheidungen zur Disposition. Günstige Bedingungen für eine mediale Themenkarriere herrschen insbesondere vor, sobald „Grundfragen der menschlichen Existenz und ethische Grenzen berührt“¹³⁶ werden. Ob sich politische Manifestanten als treffliche Themenunternehmer erweisen, wäre somit ein weiterer Aspekt der Fallanalysen.

132 Vgl. hierzu Halasz 1997 (s. Anm. 87), S. 4; Nevitt, Marcus: *Women and the pamphlet culture of revolutionary England, 1640-1660*, Aldershot u.a. 2006, S. 3 ff.

133 Habermas 1998 (s. Anm. 30), S. 461.

134 Vgl. Pfetsch, Barbara: Themenkarrieren und politische Kommunikation. Zum Verhältnis von Politik und Medien bei der Entstehung der politischen Agenda, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 44 (1994) H. 39, S. 11-20, hier S. 14; Waldherr 2008 (s. Anm. 32), S. 174.

135 Vgl. Pfetsch 1994 (s. Anm. 134), S. 12. Niklas Luhmann versteht Themen als „entwicklungsfähige Sinnkomplexe“; zitiert nach ebd., S. 11.

136 Hier und auch für das Folgende vgl. Waldherr 2008 (s. Anm. 32), S. 190.

Assistenz bei der Rollen- und Pflichterfüllung

Denkt man bei Manifesten zumindest an die Möglichkeit, sie könnten Demokratie vitalisieren, so muss man auch der Überlegung nachgehen, ob sie bestimmten Akteuren bei der Erfüllung gesellschaftlich zugeschriebener Rollen, Aufgaben und Pflichten assistieren können. So wird zum Beispiel in der Politikwissenschaft die Zusammenfassung von Meinungen und Interessen einer Vielzahl von Bürgern zu politischen Positionen gerne als eine der wichtigsten Funktionen von Parteien genannt. Als intermediäre Organisationen bündeln diese Forderungen einzelner Teile einer Gesellschaft und artikulieren sie konzentriert im politischen Raum.¹³⁷ Sie bewältigen somit die Pluralität von zahlreichen Einzelinteressen und gewährleisten die parlamentarische Repräsentanz diverser gesellschaftlicher Gruppen und sozialer Schichten. Bereits die Ur-Manifeste aus den enrägten Tagen der Französischen Revolution ermöglichten den Revolutionären, „ihre Ansichten und Forderungen kundzutun“.¹³⁸ Seit Mitte des 19. Jahrhunderts avancierten Manifeste zu einer probaten Textsorte, ja „zu einem unentbehrlichen Mittel, um politische Ziele zu verkünden und durchzusetzen, die zuvor in der Gruppe erarbeitet und diskutiert worden waren“.

Empfehlen sich Manifeste unter Berücksichtigung des Geschichtsverlaufs somit langfristig als Träger einer – den Parteien ähnelnden – gesellschaftlich rationalen Funktion, indem sie Meinungen konzentriert bündeln, sie an einem Ort prägnant zusammenfassen und auf diese Weise ein diffuses Stimmengewirr öffentlich geäußerter Stellungnahmen verhindern? Könnten politische Manifeste aufgrund ihrer intermediären sowie Herrschaft kontrollierenden Leistungen unter Umständen nicht auch ein demokratieförderliches Surrogat versagender Politikinstanzen sein?

Medien obliegt die Pflicht, wahlberechtigten Staatsbürgern mittels einer intensiven Berichterstattung Entscheidungsgrundlagen für die Ausübung des aktiven Wahlrechts zu liefern. Nachrichtenmeldungen, Essays, Kommentare et cetera: Diese alltäglichen Medienelemente sollen die Mitglieder einer Gesellschaft zu demokratischem Handeln befähigen, indem sie informieren, alarmieren, kritisieren und aufklären. Zu fragen ist nun, inwiefern Manifeste die Medien in dieser reichlich verantwortungsvollen Aufgabe unterstützen können – durch die Bereitstellung exklusiven Spezialwissens, geheimer Informationen, intellektueller Gesellschaftsinterpretationen, origineller Reformideen, neuartiger Wirklichkeitsdeutungen. Auch Manifeste sind als Warner und Mahner, Informanten und Innovationslieferanten vorstellbar. Zudem weisen Medien vielerlei Defizite auf. Da zum Beispiel die Kommentatoren der Tagespresse erfahrungsgemäß ihr Öffentlichkeitsprivi-

137 Zu diesem Aspekt vgl. Alemann, Ulrich v.: *Organisierte Interessen in der Bundesrepublik* (unter Mitarbeit von Reiner Fonteyn und Hans-Jürgen Lange), Opfaden 1987, S. 187 f. Nicht umsonst stehen Parteien unter besonderem Schutz des Grundgesetzes.

138 Hier und im Folgenden Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 228.

leg nur selten für die Etablierung eines bislang in den Medien unterrepräsentierten Themas nutzen und in aller Regel nicht als Advokaten ressourcenarmer Akteure auftreten,¹³⁹ könnte dies von politischen Manifestationen zivilgesellschaftlich ausgeglichen werden – können diese doch als „ungewöhnliche Maßnahmen“, die große Publikumsaufmerksamkeit verheißen, mitunter sehr kommentarwürdig sein.

Auch Expertenwissen wird eine soziale Funktion beigemessen.¹⁴⁰ Es gehört nämlich zu den „edelsten“ Aufgaben von Experten, zur Demokratie-mündigkeit der Bürger beizutragen. Seriös über die Performanz von Politikern urteilen zu können, verlangt nach Fachwissen: Besonders Demokratien seien „auf die vorstrukturierenden Entscheidungshilfen von Experten angewiesen, heute angesichts der irreversiblen Großtechnologien mehr denn je“¹⁴¹. Schon Theodor Geiger wies der Wissenschaft einen konstruktiven Auftrag zu, „Ratgeberin und Wegweiserin der Staatsmacht“¹⁴² zu sein. Geht man davon aus, dass sich oftmals eine Diskrepanz zwischen Informationsangebot und Informationsbedürfnis als das Hauptproblem des Dialogs von Öffentlichkeit und Wissenschaft erweist,¹⁴³ drängt sich der Gedanke auf, dass auch hier politische Manifeste für Abhilfe sorgen können. Denkbar ist auch, dass zum Beispiel Wissenschaftler ihr ansonsten kaum zu überblickendes, für Laien noch dazu fachlich schwer verständliches Oeuvre im Rahmen eines Manifests komprimieren, sprachlich wie argumentativ in eine plausible Einfachheit überführen. So ließen sich in der öffentlichkeitsscheuen Gelehrtenstube gewonnene Erkenntnisse, die von politischer Relevanz sind, aus der Intimsphäre wissenschaftlichen Diskurses in die Öffentlichkeit transferieren.

Manifeste könnten überhaupt dazu dienen, komplexe gesellschaftliche Phänomene mit wissenschaftlicher Expertenkenntnis, intellektuellem Genius oder allgemein mit einem spezialisierten Insiderwissen – kurz: der Analysefähigkeit ihrer Verfasser – ans Tageslicht zu befördern, zu erklären, deuten und einer breiten Masse an Bürgern zugänglich zu machen. Literarische Manifeste dienten bestimmten Denkschulen und Diskussionszirkeln zur Veröffentlichung ihrer komplizierten Diskursresultate, indem sie „bereits in kleinem Kreis bekannte Theorien auf einen allgemein verständlichen Nen-

139 Vgl. hier und folgend Eilders 2008 (s. Anm. 52), S. 29 f. und S. 46; Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 71/Fußnote 38.

140 Vgl. dazu Schmidt-Tiedemann, K. Joachim: Experten und Bürger – Über die Teilung der Verantwortung für Technikfolgen, in: Kerner (Hg.) 1996 (s. Anm. 60), S. 27-43, hier S. 31 f.

141 Beiner, Marcus: Bürger und Fachleute an einem Tisch – Zum Verhältnis von Demokratietheorie und Expertentum, in: ebd., S. 113-130, hier S. 114.

142 Geiger, Theodor: Aufgaben und Stellung der Intelligenz in der Gesellschaft (im Original von 1949), in: Pöttker 2001 (s. Anm. 46), S. 416-472, hier S. 443.

143 Vgl. hierzu Peters 1996 (s. Anm. 60), S. 78 f.

ner¹⁴⁴ herunterbrachen. Insoweit könnten politische Manifeste ein latentes Informationsbedürfnis der Bevölkerung saturieren und eine Kommunikation zwischen Laien und Fachelite herstellen, gewissermaßen eine höhere Erkenntniswelt ihrer Verständnis erschwerenden Esoterik entkleiden.

Wider die Tyrannei der Mehrheit

Qualifizierten sich politische Manifeste als ein geeignetes Kommunikationsmittel gesellschaftlicher Minderheiten für die Kontaktaufnahme mit der Mehrheitsgesellschaft, wären sie in der Lage, zwischen gesellschaftlichen Teilöffentlichkeiten kommunikative Brücken zu spannen, Kontakte zu knüpfen, ja Verständnis und Interesse zu wecken. Denn auch die zuvor schon erwähnten Pamphlete bewährten sich in der Historie als demokratietheoretisch interessante Artikulationsbehelfe sozialer Minorität.¹⁴⁵

Zumal, die Idee eines elektoralen Regimes wie der Demokratie besteht gemeinhin in der Begrenzung von Willkür der politisch Herrschenden. Um aber einer etwaigen Tyrannei der Mehrheit vorzubeugen, sollten auch Minderheitspositionen Eingang in die politische Debatte finden. Eine solche „Contestatory Democracy“ bezeichnet ein Konzept, das als eine Möglichkeit der Artikulation minoritärer Stellungnahmen ein unvoreingenommenes „forum in which relevant interests are taken equally into account“¹⁴⁶ denkt. Wird nun öffentliche Meinung nicht von politischen Akteuren aufgegriffen, „kann es sich ereignen, dass sich im Namen institutionell vernachlässigter Meinungen und Forderungen die mit ihnen identifizierten Teile der Öffentlichkeit mobilisieren – Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen“¹⁴⁷. Schließlich heißt es, Öffentlichkeit vermöge Themen zu politisieren, unzulängliche Politik zu kompensieren, einfallsreiche Impulse zu geben und überraschende Gestaltungskräfte zu entfalten. „Öffentlichkeit erinnert auch an das, was die Institutionen ausschließen, und ist insofern Impulsgeber für gesellschaftliches Lernen.“¹⁴⁸ Es liegt an dieser Stelle nicht gänzlich fern, auch bei politischen Manifesten – sofern sie in die Öffentlichkeit dringen – derlei Fähigkeiten zu vermuten. Inwieweit also können politische Manifeste

144 Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 168.

145 Vgl. Achinstein, Sharon: Women on Top in the Pamphlet Literature of the English Revolution, in: Women's Studies, Jg. 24 (1994) H. 1-2, S. 131-163; Newman, Richard/Rael, Patrick/Lapsansky, Philip (Hg.): Pamphlets of Protest. An Anthology of Early African-American Protest Literature, 1790-1860, New York/London 2001, S. 26 f.

146 Pettit, Philip: Republican freedom and contestatory democratization in: Shapiro, Ian/Hacker-Cordón, Casiano (Hg.): Democracy's Value, Cambridge 1999, S. 163-190, hier S. 179. „It is a power of contesting public decisions on the grounds that they do not answer adequately to certain avowable, perceived interests [...]“; ebd., S. 180.

147 Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 80.

148 Ebd., S. 63.

eine Variante dieser „kontestatorischen Demokratie“ als Sonderform demokratischer Kontrolle durch die Bürger sein und eine Repräsentation unterrepräsentierter Themen und Meinungen zuwege bringen?

Verwandtschaft zu sozialen Bewegungen

In mancher Hinsicht ähneln politische Manifeste in ihren Funktionsweisen sozialen Bewegungen. Soziale Bewegungen bewirken durch „Mobilisierung“ einen „Prozess, durch den latente Energie für kollektives Handeln verfügbar gemacht wird“.¹⁴⁹ Ferner erfüllen sie eine „Frühwarnfunktion“, indem sie der Regierung politische Probleme ankündigen; ebenso eine „Legitimationsfunktion“, indem ihre Existenz den Beweis für die demokratische Möglichkeit offener Artikulation von Kritik und Beschwerden antritt; und schließlich vermögen sie „Eliten aus sonst nicht repräsentierten gesellschaftlichen Bereichen“ zu rekrutieren.¹⁵⁰ Als appellative bzw. demonstrative Aktion¹⁵¹ könnten auch politische Manifeste, sozialen Bewegungen ähnelnd, sich mit der Öffentlichkeit zu einer „Empörungsgemeinschaft“¹⁵² verbünden und Interessenallianzen mit sozialen Kräften wie Kirchen und Gewerkschaften schmieden, bei Bürgern wie auch politischen Entscheidungsträgern Einstellungsänderungen oder gar Handlungen veranlassen, somit sozialen Wandel anstoßen und wiederum soziale Bewegung auslösen.

Obzwar sich das Manifest der Vorwürfe erwehren muss, es „vergewaltige den Leser und verfälsche durch sein ausschließliches Pro und Contra den dargestellten Sachverhalt“, erweist es politischen Systemen doch vielleicht in der Tat einen Dienst, indem „durch aggressive Manifeste eine Bewegung, eine Diskussion entsteht, wenn in einem Manifest neue Ideen zugänglich und damit kritisierbar gemacht werden“.¹⁵³ Kurzum: Genügend Gründe sprechen dafür, ausgewählte politische Manifeste zu betrachten, mit einem Portrait zu würdigen und zu fragen, *inwiefern sie zivilgesellschaftliche Wirkungsmacht erweitern oder limitieren.*

*

Der vorliegende Band ist am Göttinger Institut für Demokratieforschung entstanden. Die freundschaftliche Atmosphäre, verlässliche Hilfsbereitschaft und der inspirierende Meinungsaustausch dort haben die Arbeit zu den „Manifesten“ gewiss erleichtert. Insbesondere das Kolloquium hat sich dabei einmal mehr als eine unschätzbar große Hilfe erwiesen – darunter fallen sowohl die kritischen Anmerkungen im Plenum als auch die ausgelassene

149 Raschke, Joachim: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt am Main u.a. 1988, S. 189.

150 Dazu ebd., S. 385.

151 Ebd., S. 280.

152 Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 70.

153 Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 230.

Heiterkeit in der vertrauten Stammtischrunde. Und hinter all dem steht Franz Walter. Ihm sind wir zu großem Dank verpflichtet – hat er uns doch zur ausgiebigen Auseinandersetzung mit den „Manifesten“ ermutigt, zu jeder Zeit Vertrauen entgegengebracht und die zur Arbeit nötigen Freiräume gewährt.

